

Die "Kriegszeit" erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags am Sonntag...
Reaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 60

Die Jahrgangspresse Konkrete Seite über deren Raum kostet 10.- M., einschließlich...
Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die internationale Konferenz in Berlin

Fünf Jahre russische Revolution.

Zusammentritt der Exekutiven

Wien, den 11. März (Intel.).

In dem Aufruf der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP.) vom 15. Januar wurde bekanntlich das Bureau der IASP. beauftragt, mit den Exekutiven der 2. und 3. Internationale in Verbindung zu treten zu dem Zweck, eine gemeinsame Konferenz der drei Exekutiven herbeizuführen...

Die Kommissionen einen Wiederherstellungsplan für die russischen Eisenbahnen aus. Sie sehen die Zusammenarbeit von russischen Arbeitern und ausländigen Kapital vor. Den Eisenbahngesellschaften soll Autonomie gewährt werden...

Von Th. Dan.

I.

Den fünften Jahrestag der Märzrevolution begrüßt Rußland in der niederdrückendsten Atmosphäre. Eine unerhörte Hungersnot, die Millionen von Menschen unabwendbaren Tod bringt; der völlige Ruin der Industrie und des Verkehrs...

Man hätte Grund zur Verzweiflung, wenn dies das Endresultat der soviel versprechenden Revolution wäre. Doch nur ein Blindgeborener kann in den Leiden, Mißständen und Brutalitäten der Gegenwart das Fazit des gewaltigen sozialen Erdbebens erblicken...

Die Revolution des Jahres 1917, die das direkte Erbe der Revolution von 1905 antrat, stellte sich zweierlei Aufgaben: zerstörende und schöpferische. Die wichtigsten zerstörenden Aufgaben waren einerseits die Vernichtung der Selbstherrschschaft, nicht nur im Sinne des Sturzes des Monarchen, sondern auch im Sinne einer radikalen Beseitigung des verknöcherten polizeilich-bureaucratischen und militaristischen Apparats...

Der Periode vom März bis November 1917 gelang es nicht, die Aufgaben der Revolution in ihrem negativen, zerstörenden Teil völlig zu verwirklichen. Der Jar war gestürzt, die Republik proklamiert, die alte Polizei verjagt, aber der alte bürocratische Apparat war nur an der Oberfläche mit neuem revolutionären Lack bedeckt...

Die Hauptursache dieser Mißerfolge war die Teilnahme Rußlands am Weltkrieg, der übrigens den Anstoß zum Ausbruch der Revolution gegeben hatte. Das Vorhandensein einer gewaltigen Front und einer 12-18-Millionen-Armee, die sich ohnedies kaum halten und von dem wirtschaftlich runtergegangenen Lande nur mit Mühe versorgt wurden, brachte den Zwang mit sich, von allen entscheidenden Maßnahmen Abstand zu nehmen...

Das Budget der Reparationskommission

Paris, 10. März. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Reparationskommission hat in ihrer Erklärung vom 8. März im einzelnen den Wert der von Deutschland seit dem Waffenstillstand bis zum Ende des Jahres 1921 geleisteten Zahlungen, Lieferungen und Gebietsabtretungen angegeben. Die Summe beträgt ungefähr 6 1/2 Milliarden Goldmark...

Von diesen Kommissionen haben die Reparationskommissionen und der Garantienausschuß gegenwärtig ein jährliches Budget von ungefähr 13 Millionen Goldmark. Diese Summe wird verwendet für die Gesamtheit der Reparationsoperationen im engeren Sinne und für wichtige Restitutionsoperationen. Sie umfaßt die Ausgaben, die nicht nur die Ausführung des Vertrages mit Deutschland, sondern auch die Ausführung der Verträge mit Oesterreich und Ungarn mit sich bringt...

Das Mantelgesetz angenommen Die Deutsche Volkspartei besteht auf ihren Bedingungen.

In der Sitzung der vereinigten Reichstagsausschüsse für Steuerfragen wurde am Sonnabend der als Initiativantrag von den Koalitionsparteien eingebrachte Entwurf eines Mantelgesetzes beraten. Der Entwurf enthält in § 1 die Bestimmung, daß eine in den ersten drei Jahren unverzinsliche Zwangsanleihe in Höhe von einer Million Mark flüssig gemacht werden soll. § 2 zählt dann einzeln die vierzehn Steuergesetze auf und bestimmt, daß sie, soweit in ihnen nicht anders vorgegeschrieben ist, mit dem Mantelgesetz zugleich in Kraft treten.

Der Abgeordnete Dr. Bachnik (Dem.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Mantelgesetz. Dasselbe ist der Abgeordnete Bernstein (SPD), der im Gesetzentwurf die Zahlungsstermine für die Einführung der Zwangsanleihe vermindert. Dr. Helfferich (D-Nat.) erklärte sich gegen das Mantelgesetz, da die Zwangsanleihe mit so schweren Eingriffen in die Substanz des deutschen Volkvermögens nicht zu ertragen sei.

Abgeordneter Henke (USP.) erklärte, seine Fraktion stimme gegen das Mantelgesetz. Sie behalte sich aber vor, im Plenum Abänderungsanträge zum Paragraphen 1 einzubringen, da der Entwurf ihr erst jetzt bekannt geworden sei und deshalb bisher eine Stellungnahme noch nicht möglich gewesen wäre. Der ihm folgende Redner Dr. Becker-Hessen (D. Volksp.) protestierte heftig gegen die Bemerkungen des rechtssozialistischen Abgeordneten Rahmann und gegen gewisse Äußerungen der rechtssozialistischen Presse. Die Volkspartei werde sich die Bedingungen nicht aus der Hand wischen lassen, unter denen sie das Kompromiß geschlossen habe. Der Reichskanzler habe ausdrücklich zugestanden, daß die Denkschrift der Deutschen Volkspartei die Richtlinien der künftigen Reichspolitik darstellen sollen.

Nach einer schwächlichen Erwiderung des Abgeordneten Bernstein wurde der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der USP. und der R. A. G. angenommen.

Die Lösung der Reparationsfrage Ein neuer englischer Plan

Auf der Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris hat man sich darüber geeinigt, daß die Reparationsfrage nicht mehr von Fall zu Fall, sondern als ein Ganzes behandelt werden solle. Nach den Mitteilungen Pariser Blätter ist man zu der Ansicht gekommen, daß Deutschland nicht dem Bankerott ausgesetzt werden dürfe, da dadurch die gesamte Industriewirtschaft Europas gefährdet würde, sondern daß man ihm die Erfüllung von Anleihen im Auslande zur Ausführung der Reparationen erleichtern müsse. Diese Auffassungen haben feste Gestalt angenommen in einem Plan, der von dem englischen Schatzkanzler Sir Robert Horne vorgelegt wurde. Dieser Plan will die deutsche Schuld in zwei Hälften zerlegen, deren eine als Reserve dienen soll, um die Schulden an Amerika zu bezahlen, und die zweite soll die Zahlung an die Verbündeten ermöglichen. England will auf seine Forderungen an Deutschland verzichten und glaubt dadurch auch Amerika für diesen Plan gewinnen zu können. Dafür müßte Deutschland sich aber eine ernste Finanzkontrolle gefallen lassen und genügende Sicherheiten stellen, denn die Verbündeten würden auch für die deutsche Schuld an Amerika haften müssen, wenigstens bis zu dem Tage, an dem Amerika selbst in das Schuldenkonjunktium wieder eintreten wolle. Das Projekt Horne wird durch Vorschläge zur Organisation einer internationalen Anleihe auf der Grundlage der deutschen Verpflichtungsscheine ergänzt.

In die Verhandlungen der Finanzminister ist aber am Freitag eine Erklärung des amerikanischen Delegierten Bonden gelangt, die besonders bei den Franzosen und Belgiern Verwirrung erregt hat. Bonden, der bisher lediglich als Beobachter an den Verhandlungen teilgenommen hatte, erklärte plötzlich im Auftrage seiner Regierung, daß die Vereinigten Staaten auf Zurückzahlung der Besatzungskosten für die Rheinarmee Anspruch erheben müßten. Diese Kosten betragen ohne Verzinsung gegen 966 Millionen Goldmark, also mehr als nach den Bestimmungen von Cannes unter den anderen Verbündeten zur Verteilung gelangen sollte. Da der Erfolg der Besatzungskosten den Leistungen für die Wiederherstellung vorangehen, so würden Frankreich und Belgien nichts von den deutschen Zahlungen erhalten, wenn die amerikanische Regierung wirklich auf ihrer Forderung bestehen sollte. Man scheint aber anzunehmen, daß die Erklärung nur eine Feststellung bedeute, daß die Vereinigten Staaten aber nicht daran denken würden, sich den Betrag wirklich zahlen zu lassen.

Rußland und die Konferenz von Genua Bericht der wirtschaftlichen Unterkommissionen.

Die wirtschaftlichen Unterkommissionen, die die Konferenz von Genua vorbereiten haben, erstatteten darüber Bericht, unter welchen Bedingungen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland wünschenswert wäre. Es heißt in diesem Bericht, daß von den Sowjets ein Mandat für die Garantie verlangt werden müsse, namentlich die Rückgabe der Fabriken an ihre früheren Besitzer mit gleichzeitiger angemessener Entschädigung derselben für die von ihnen erlittenen Verluste, ferner die Einführung einer Gesetzgebung, welche Handelsfreiheit und Schutz der Fabrikanten gegen die Uebergriffe seitens der Gewerkschaften sichere, die Zusage der Sowjetregierung, daß die Ordnung aufrechterhalten werden solle. Es solle ferner ein Zollregime errichtet werden, das der Industrie nicht allzu großen Abbruch täte. Zur Transportfrage arbeiten

deren kriegsführenden Völkern aktiv in die Ereignisse eingriff.

Die Volksmassen jedoch, die die russische Revolution vollbracht hatten — in ihrer großen Mehrheit kleinbürgerlich-bäuerliche Massen und selbst in ihrem proletarischen Teil von der Psychologie des Dorfes erfüllt —, boten weder in sozialer noch in kulturell-politischer Hinsicht ein Menschenmaterial, das fähig war, einen dauernden organisierten Kampf zu führen, die Einzelheiten der inneren und äußeren politischen Situation zu erfassen und ihren Kampf planmäßig mit dem Gang der proletarischen Bewegung der ganzen Welt in Einklang zu bringen. Diese Massen hatten die Revolution vollbracht und wollten unmittelbar danach ihre Früchte ernten. Sie warteten geduldig einige Monate auf das Wunder der internationalen Arbeiterkollaboration, von der sie zum ersten Mal etwas gehört hatten. Als aber das Wunder ausblieb und der naive Glaube der Masse sich betrogen sah, trat das kleinbürgerlich-bäuerliche Element in Gestalt ihres aktivsten, konzentriertesten und am meisten leidenden Teils, in Gestalt der Armee, Hand in Hand mit den romantisch gestimmten Elementen des Proletariats wie Frühlingsgewässer aus den Ufern, indem es alles auf seinem Wege fortzuschwemmte und jene zerstörenden Aufgaben: die Liquidation des Krieges, die Beseitigung der Monarchie, die Vernichtung des abligen Grundbesitzes, verwirklichte, die durch den ganzen Gang der russischen Geschichte vor die Revolution gestellt waren.

Diese Aufgaben wurden sowohl vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaftslage wie auch von dem der Volksmassen selbst in der „unökonomischsten“ Weise verwirklicht. Sie wurden in den barbarischsten, unkultiviertesten, blutigsten Formen zur Durchführung gebracht. Es schien, als ob ein verwüstender Orkan über Rußland dahinbrause. Und mit denselben Mitteln verteidigten die Volksmassen die ursprünglichen Errungenschaften der Revolution, als sie bemerkten, daß die heimische Reaktion im Bunde mit den auswärtigen Imperialisten ihnen diese Errungenschaften entreißen wollte. Das Volk zahlte den bestehenden und herrschenden Klassen mit derselben Münze heim, die ihm die dreihundertjährige Herrschaft der Romanows als Erbe hinterlassen hatte — mit der Münze der Rohheit, Unwissenheit, Kulturlosigkeit, Gewalttätigkeit und Mißachtung der menschlichen Persönlichkeit. Haben aber jene bürgerlichen Klassen, die aus Eigennutz und Schwäche die Existenz des zaristischen Absolutismus um Jahrzehnte verlängert hatten, das geschichtliche Recht, über diese Tatsachen zu wehklagen? Und dürfen jene Junker, Generale und Bürokraten als Ankläger der Barbarei der elementaren revolutionären Volksmassen auftreten, die stets diesen Absolutismus gestützt hatten und die sofort diese Methoden wieder einführten, wenn ihnen die wechselnden Ereignisse des Bürgerkrieges zeitweilig diesen oder jenen Teil des revolutionären Rußlands in die Hand spielt? Nein, sie ernteten lediglich das, was sie selbst gesät hatten!

Der Aufruhr der Geheimräte.

Wir berichteten Sonnabend morgen, daß die Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtengehälter vorzeitig abgebrochen werden mußten, weil die Regierungsvertreter den an den Verhandlungen beteiligten Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, Menne, als Verhandlungskontrahenten ablehnten. Der genauere Bericht über diese Vorgänge beleuchtet in interessanter Weise das Benehmen der Regierungsvertreter bei solchen Verhandlungen. Wir tragen daher noch das folgende nach:

Menne war als Beauftragter des Deutschen Beamtenbundes erschienen. Einer der Regierungsvertreter erkannte ihn, heißt es in dem Bericht, und Ministerialdirektor von Schlieben suchte nun in unauffälliger Weise Menne zum Verlassen des Saales zu veranlassen. Als Menne dieses Ansuchen zurückwies, wandte sich Herr von Schlieben an den anwesenden von Schlieben suchte nun in unauffälliger Weise Menne zum Verlassen der Verhandlungen überreden. Auch der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes lehnte das ab, worauf sich Herr v. Schlieben veranlaßt sah, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Der Vorsitzende forderte Menne nun direkt auf, den Saal zu verlassen, und dieser fügte sich zunächst dieser Entscheidung.

Die Sitzung wurde unterbrochen. Die Beamten- und Gewerkschaftsvertreter traten zu einer Besprechung zusammen, in der sich die Bevollmächtigten des A.D.B., des Na-Bundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsrings auf den Standpunkt stellten, daß die Regierung nicht das Recht habe, einen Bevollmächtigten irgend einer anerkannten Körperschaft zu beanstanden. Der Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftsbund dagegen vertrat in Gemeinschaft mit dem Reichsbund höherer Beamten die entgegengesetzte Auffassung. Man könne es der Regierung aus Gründen der Staatsautorität nicht zumuten, mit einem Beamten zu verhandeln, gegen den ein Disziplinarverfahren im Gange sei.

Am Nachmittag wurde die Sitzung wieder eröffnet. Da sich die Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter für die Teilnahme Mennes an den Verhandlungen erklärte, erschien dieser wieder im Saal. Und nun erklärte Herr Ministerialdirektor v. Schlieben, daß er und die übrigen Regierungsvertreter an ihrer Auffassung festhalten müßten. Die Vertreter der Gewerkschaften aber verlangten, daß Menne zugelassen werde. Seine Entfernung würde eine Brüstung der Beamtengruppen bedeuten, die ihn mit ihrem Mandat betraut haben. Darauf gab Schlieben die Erklärung ab, daß unter solchen Umständen an eine Weiterführung der Besprechung nicht zu denken sei. Die Sitzung mußte abgebrochen werden, und die Gewerkschaften wollten beim Reichsanwalt vorsprechen und ihn um sein Eingreifen ersuchen.

Somit der tatsächliche Hergang. Die Herren Regierungsvertreter scheinen noch nicht zu wissen, daß die zu den Verhandlungen erscheinenden Beamten- und Arbeitervertreter die Vertrauensleute der Beamten und Arbeiter sind, nicht die Vertrauensleute der Regierung. Die Beamten- und Arbeiterorganisationen haben das Recht, die Leute ihres Vertrauens auszuwählen, ganz ohne Rücksicht darauf, ob die Nase des einen oder anderen dem Herrn von Schlieben nicht gefällt. Die Verhandlungsbevollmächtigten des Personals sind nicht Herrn von Schlieben zum Gefallen da und auch nicht ihrer eigenen Person wegen, sondern sie sind Vertreter einer objektiven Stelle, nämlich der Organisation der Beamten oder Arbeiter. Die Herren Regierungsvertreter haben nichts anderes zu tun, als sich damit abzufinden und die Bevollmächtigten des Personals objektiv zu behandeln. Es hat den Anschein, als ob die Geheimräte sich auch als die Herren an Verhandlungstisch fühlen und nicht begreifen, daß sie hier den Bevollmächtigten des Personals als absolut

Gleiche gegenüberstehen. Wollten die Verhandlungsvertreter der Beamten und Arbeiter damit beginnen, sich die zu den Verhandlungen erscheinenden Regierungsvertreter näher anzusehen und gegebenenfalls zu beanstanden, dann würden sich für solche Beanstandungen so unermehlich viele Gründe finden, daß es nie zu Verhandlungen kommen würde. Aber es scheint so, als ob die Trabanten Grönners so etwas nie lernen werden. Und darum ist immer wieder zu fordern, daß die Regierung andere Leute zu den Verhandlungen schickt. Herr von Schlieben scheint auch nicht zu wissen, daß er mit dem Feuer spielt. Sein Vorgehen war verantwortungslos, und wenn es unvorhergesehene Folgen haben sollte, so trägt die Haltung dieses Mannes, die aus der Borniertheit der Bürokratie zu erklären ist, die Verantwortung dafür.

Ein königlicher Galgenvogel

Der Wortlaut des Antrags Kapp an das Reichsgericht auf Gewährung freien Geleits und Befreiung von der Untersuchungshaft liegt nunmehr vor. Kapp ist in seinen Bedingungen sehr anspruchslos. Es heißt in dem Schreiben:

Hiermit beantrage ich auf Grund der §§ 117 und folgende und 337 der St.P.O. gegen Stellung einer Sicherheit von 100 000 Mark und gegen Uebernahme der Verpflichtung, mich jeder Zeit zur Verfügung des Gerichts zu halten, mir freies Geleit und Befreiung von der Untersuchungshaft unter Abfindung von jeder Durchsuchung meiner Person und meines Reisegepäcks bei Ueberschritt über die deutsche Grenze und während meines Aufenthalts in Deutschland bis zum Abschluß des Hauptverfahrens sowie von der Beschlagnahme bei mir geführter Reiseeffekten, Bücher und Schriftstücke in dem genannten Zeitraum, jedoch unbeschadet der sonstigen Bestimmungen zuzusichern. Zur Empfangnahme von Zustellungen gemäß § 119 der St.P.O. ist Justizrat Goldbrecht in Leipzig bevollmächtigt.

Unterzeichnet ist das Schriftstück: „Dr. jur. et phil. hon. c. Wolfgang Kapp, königlich Preussischer Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat“. Der königliche Galgenvogel mit dem mehr langen als schönen Titel fordert also von der deutschen Justiz nicht nur Befreiung von den Unannehmlichkeiten der Haft, er will auch in den Besitz seiner Schriftstücke bleiben, damit dem Staatsanwalt die Beweisunterlagen fehlen und er selbst vor Gericht einen gehörigen königlich preussischen Schwindel aufzuführen kann. Der Antrag, eine Mischung von Dummheit, Frechheit und Anmaßung, ist bekenntlich abgelehnt worden.

Kein Strafantrag Kähnes?

Durch einige Blätter ging in den letzten Tagen die Notiz, Herr von Kähne habe wegen verschiedener Äußerungen, die in der Volksversammlung in Blindow gefallen seien, sowie wegen einiger Bemerkungen in der Presse Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Wie der amtliche Preussische Pressebericht von zuständiger Stelle hierzu erfährt, ist bis jetzt ein derartiger Antrag weder bei der Staatsanwaltschaft Potsdam noch bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I Berlin eingelaufen.

Es wäre sehr zu bedauern, wenn Herr Kähne seinen ursprünglichen Plan nicht wieder aufgegeben hätte. Wir hatten uns jedenfalls gerade auf die Führung dieses Prozesses schon riesig gefreut, da er uns Gelegenheit geboten hätte, die Taten der Familien von Kähne vor der breitesten Öffentlichkeit aufzurollen und gleichzeitig das Wesen der heutigen Justiz zu kennzeichnen, die jeden Mordversuch der Kähnes mit einer lächerlich geringen Geldstrafe „sühnte“ und sie dadurch geradezu anfeuerle, die Schiebereien auf harmlose Passanten fortzusetzen. Wie wäre es, Herr Kähne, wenn Sie das Tanzlein doch noch wagen würden? In die Saure-Gurken-Zeit während der Hundstage würde ein solcher Prozeß eine ganz angenehme Abwechslung bringen und außerdem läge uns viel daran, wenigstens einmal vor Gericht Ihre Bekanntheit zu machen.

Keine Verhaftung der Erzbergermörder

Von einem Teil der getrienen Abendpresse wurde die mutmaßliche Verhaftung der Mörder Erzbergers gemeldet. Diese Meldung bestätigt sich nicht. Es wird vielmehr folgendes Telegramm verbreitet:

Die Polizei in Steinamanger hat festgestellt, daß die beiden unter dem Verdacht der Identität mit Erzbergers Mördern verhafteten Personen in Oesterreich zuständige Arbeitsscheine sind. Sie werden unzugänglich an die österreichische Grenze abgeschoben und der österreichischen Gendarmerie übergeben werden.

Selbst wenn die Mörder Erzbergers tatsächlich verhaftet worden wären, so hätte sich ihr mächtiger und hoher Schutzherr, der Polizeipräsident von Budapest, ihrer angenommen und einen solchen Mißgriff der Polizei von Steinamanger schnellig korrigiert.

Der Schutz der uniformierten Mörder

Vor einiger Zeit hatten sich die ehemaligen Koskessoldaten Ritter und Wendler, die während der Märztage 1919 den Landgerichtspionier ermordet hatten, vor dem Schwurgericht des Landesgerichts III in Berlin zu verantworten. Der Prozeß ergab einwandfrei, daß Pionier grundlos verhaftet worden war, dann gefangen gesetzt werden sollte und dabei von dem Koskessoldaten Ritter an einen Baum gesteckt und durch mehrere Schüsse niedergeknallt wurde. Obwohl Ritter von seinen Kameraden von der Tat abzuhalten versucht wurde, feuerte er ununterbrochen auf Pionier ein, und Wendler gab dem tödlich Wermundeten dann schließlich einen sogenannten Fangschuß, um ihn von seiner Dual zu erlösen.

Ritter hat sich seiner Tat nachträglich im Kreise seiner Kameraden gerühmt. Es handelt sich bei ihm um eine blutdürstige Natur, die sich zu allen standrechtlichen Erschießungen herbeidrängte. Dieses Verhalten trug ihm im Kreise seiner Kameraden den Namen „Blutritter“ ein. Trotz der geradezu haarsträubenden Einzelheiten, die in dem Prozeß einwandfrei festgestellt wurden, bekam Ritter eine Gefängnisstrafe von nur drei Jahren subdißiert, während Wendler freigesprochen wurde.

Der Fall wurde im Landtag zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht, die jetzt vom Preussischen Justizminister dahin beantwortet wird, daß das Gericht kein Verschulden treffe. Der Staatsanwalt habe auf verhafteten Nord plädiert, unter Verlesung mildernde Umstände im Falle der Schuldbejahung auf Toischlag. Die Geschworenen hätten aber lediglich die Frage des Toischlages bejaht und mildernde Umstände zugebilligt. Dem-

gemäß sei das entsprechende Urteil gefällt worden; von einer unterschiedlichen Behandlung von uniformierten Mördern und revolutionären Arbeitern durch die preussische Justiz könne deshalb nicht gesprochen werden.

Das preussische Justizministerium ist reichlich naiv. Es ist ganz klar, daß angefaßt der oben geschilderten Sachlage die Geschworenen einen Freispruch gefällt haben. Sie hätten zum mindesten im Falle des Angeklagten Ritter die Schutzfrage auf Nordveruch bejahen müssen. Da das nicht geschehen ist, war das Gericht verpflichtet, den sogenannten Wahrspruch aufzuheben, weil er in Wirklichkeit ein Freispruch war. Das ist nicht geschehen, und deshalb trifft nach unserer Auffassung auch die Behauptung zu, daß uniformierte Mörder und revolutionäre Arbeiter vor deutschen Gerichten unterschiedlich behandelt werden.

Der Nachweis, daß uniformierte Mörder entweder gar nicht oder nur lächerlich gering bestraft werden, während in ähnlichen Fällen gegen revolutionäre Arbeiter die härtesten Strafen verhängt werden, läßt sich jederzeit führen, und auch das preussische Justizministerium wird kaum in der Lage sein, den Sachverhalt anders darzustellen zu können. Der beste Beweis für diese Behauptung wird durch das Buch Dr. Gumpels: „Zwei Jahre Nord“ geliefert. Die dort angeführten und statistisch nachgewiesenen Fälle konnten bisher von keiner Seite widerlegt werden.

Die Wirtschaftslage und die Angestellten

Dieses Thema behandelte Genosse Dr. Hilferding in einer gutbesuchten allgemeinen Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Angestellten am Freitag, den 10. März, in den Müllersälen.

Ausgehend von einer kurzen Schilderung der ökonomischen und sozialen Entwicklung, die die Angestellten im Laufe der letzten Jahrzehnte immer mehr an die Seite der Arbeiter in eine gemeinsame Kampflinie gebrängt habe, kam der Referent zu einer grobansatzigen Darstellung der Wirtschaftslage und ihrer Auswirkung auf die Arbeitnehmerschaft. In diesem Zusammenhange zeichnete der Redner ein klares Bild von den Tendenzen der kapitalistischen Profitwirtschaft und gab demgegenüber in großen Zügen einen Umriß der sozialistischen Bedarfswirtschaft. Zur Steuerfrage übergehend führte Genosse Hilferding aus, daß das Problem so zu stellen sei: Balancierung des Reichsharshalts zum Zwecke der Eindämmung der Geldentwertung und der hieraus sich ergebenden fortschreitenden Verelendung der Arbeitnehmerschaft. Demgemäß sei mit Nachdruck eine schnelle und wirksame Erhebung des Sachbesitzes zu fordern. Zwangsanleihe und Steuerkompromiß bilden keine Lösung. Die Geldentwertung werde fortgeschrieben, und würden dadurch nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch Gefahren heraufbeschworen. Der Weg aus der elenden Wirtschaftslage heraus müsse von der gesamten Arbeitnehmerschaft gemeinsam gefunden werden. Es sei notwendig, die Einigung aller sozialistischen Kampfer herbeizuführen. Erst die Einigung werde die Möglichkeit schaffen, eine Diagonale zu finden, auf der die divergierenden Meinungen sich zusammenfinden würden. Es sei sinnlos, sich angefaßt der Verhältnisse im gegenseitigen Kampfe aufzuheben. Vielmehr müsse der gemeinsame Kampf gegen das Unternehmertum in den Vordergrund geschoben werden. Die Ausführungen des Genossen Hilferding fanden starken Beifall. In der Diskussion wurden seine Ausführungen unterwirrt. Der Einbruch des Referats auf die zahlreich erschienenen Funktionäre war sichtlich stark.

Preussischer Landtag

Im preussischen Landtag wurde gestern mit der Aufarbeitung einiger liegengeliebener Anträge begonnen. Am wichtigsten war der deutsch-nationale Antrag, der von der Staatsregierung fordert, im Reichsrat gegen jede Sozialisierung und Kommunalisierung Stellung zu nehmen. Der Verknüpfung damit war die Forderung, Handwerk, Handel und Gewerbe zu heben und bei der Veranlagung der Gewerbe- und Betriebssteuern das Handwerk möglichst zu schonen. Die bürgerlichen Parteien wetteiferten bei dieser Gelegenheit miteinander um die Gunst des Handwerkers. Es wurde ein wahrer Konkurrenzkampf aufgeführt und dabei die tollsten Geschichten über Sozialisierung erzählt. Dabei waren sich die meisten Redner über den Begriff eines sozialisierten Betriebes bei weitem nicht im klaren. Für sie ist jeder staatliche oder öffentliche Betrieb ein sozialisierter Betrieb, auch die öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Für unsere Fraktion sprach Genosse Christange, der die Ausschließlichkeit der bürgerlichen Handwerksvertreter bemängelte. Die USPD, so hob er hervor, habe schon immer einer Reform der Gewerbesteuern das Wort geredet. Zweifelloß würde mancher Gewerbetreibende durch diese Steuern sehr stark belastet. Die Handwerksmeister müßten sich dafür aber bei den kapitalistischen Parteien bedanken, die jede gesunde Steuerpolitik, die den Besitz belastet, bekämpfen. Der Antrag wurde schließlich dem Ausschuss überwiesen.

Genosse Bod (Magdeburg) begründete sodann einen Antrag unserer Fraktion, der die Aufhebung der Verordnung des Volkswohlfahrtsministers über die Neuregelung der Besoldung der Krankenkassenangestellten fordert. Die Krankenkassenangestellten werden durch diese Verordnung in ihrer Koalitionsfreiheit beschränkt. Außerdem ist den Krankenkassenangestellten die Möglichkeit genommen, von ihren Rechten, die sich aus dem Betriebsrätengesetz ergeben, Gebrauch zu machen. Die durch die Reichsversicherungsordnung garantierte Selbstverwaltung der Krankenkassen, die durch diese Verordnung gefährdet ist und zum Teil ausgehalten wird, müsse aufrecht erhalten bleiben. Für die Rechtssozialisten schloß sich der Abgeordnete Sölich unserem Antrag an. Ein Vertreter der Regierung gab eine ausweichende Antwort; der Antrag wurde darauf dem Hauptausschuss überwiesen.

Sodann begann die Beratung über einen kommunizistischen Antrag, der zur Hilfeleistung für das hungernde Rußland 20 Millionen Mark fordert, mit dem Zusatz, diese Summe vom Etat der Schupo zu streichen. Zur Begründung schilderte der kommunizistische Abgeordnete Dr. Meyer die Verhältnisse in Rußland und die Lage in den Hungergebieten. Er verstand es aber nicht, für den Antrag den notwendigen Resonanzboden zu schaffen, denn er wußte im größten Teil seiner Rede nichts Besseres zu tun, als mit den üblichen Wägen gegen die sogenannten deutschen „Wenischewisten“ zu polemisieren. Dabei machte er uns in seiner schulmeisterlichen Art allerlei Vorwürfe über unsere Stellung zum Friedensvertrag und zur Erfüllungspolitik. Einen leitenden Gedanken zur Frage des gemeinsamen Wiederaufbaus im Sinne der sozialistischen Forderungen wußte er nicht vorzubringen.

Für die Rechtssozialisten sprach Franz Krüger, der die kommunizistischen Angriffe auf seine Partei zurückwies, im übrigen aber die Bereitwilligkeit seiner Fraktion, den Hungernden in Rußland zu helfen, zum Ausdruck brachte. Auch der Zentrumsabgeordnete Fashender erkannte die Notwendigkeit der Hilfeleistung für Rußland an. Er erklärte aber, daß dem kommunizistischen Antrag in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden könne. Auf Antrag des Genossen Dr. Cohn wurde die Beratung schließlich auf Montag vertagt und die Sitzung gegen 4 Uhr geschlossen.

Der neue Reichsfinanzminister

Ein mißglückter Rechtfertigungsversuch

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet die folgende amtliche Meldung:

„Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat heute an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Zu dem mir von Ihnen mitgeteilten, an Sie gerichteten Schreiben der Reichstagsfraktion der USPD. vom 10. d. M. beehre ich mich, Ihnen Nachstehendes zu unterbreiten:

Wenn in der Gegenüberstellung der Punkte 1 und 3 zu Punkt 2 (Nun. d. Red.: Punkt 1 und 3 des Schreibens der USPD. betraf die Weinlieferungen, Punkt 2 die Zuckerverteilung) in dem genannten Schreiben die Verdächtigung eines Amtsmissbrauchs ausgesprochen werden soll, so muß ich diese Verdächtigung — wie ich dies bereits in der gestern vor meiner Ernennung zum Reichsfinanzminister mit Ihnen gepflogenen Unterredung getan habe — mit aller Entschiedenheit als jeder Grundlage entbehrend zurückweisen. Ich habe Ihnen schon vorgestern mitgeteilt, daß ich wegen einer derartigen in der „Freiheit“ enthaltenen Verteilung Strafantrag gestellt habe. Das bevorstehende Gerichtsverfahren wird vollständige Aufklärung über alle in Betracht kommenden Punkte bringen; ich habe alle erforderlichen Schritte unternommen, um eine beschleunigte Durchführung des Verfahrens zu erreichen.“

Dieses Schreiben des Ministers Dr. Hermes ist ein sehr matter und völlig unglücklicher Rechtfertigungsversuch. Die Tatsache der billigen Weinkäufe wird auch in diesem Schreiben nicht bestritten, ebensowenig die Tatsache der Sonderzuweisung von Zucker an den Trierer Winzerverband. Dr. Hermes wendet sich lediglich gegen die Schlussfolgerungen, die aus dem Zusammenhange dieser Vorkommnisse gezogen wurden; diese Schlussfolgerungen unterliegen aber glücklicherweise nicht allein der Beurteilung des Dr. Hermes, sondern der gesamten Oeffentlichkeit, die darüber etwas weniger großzügig denkt als Herr Hermes.

Die Klärung der Angelegenheit einem Gerichtsverfahren zu überlassen, haben wir von vornherein abgelehnt. Diese Auffassung wird auch von bürgerlicher Seite geteilt. Wir haben bereits die Ausführungen der „Vossischen Zeitung“ wiedergegeben, die eine außergerichtliche Regelung des Falles Hermes fordern. Dasselbe fordert jetzt der „Demokratische Zeitungsdienst“.

Der Brief unseres Fraktionsvorstandes an den Reichskanzler war die Einleitung; nun darf aber das Reichskabinett diesen Aufforderungen gegenüber nicht tatenlos bleiben!

Eine dokumentarische Darstellung.

Wir haben am 8. März an Herrn Dr. Hermes die Frage gerichtet, ob er Wein und Sekt zu drei Papiermark die Flasche bezogen hat. Diese Grundfrage haben wir ergänzt durch die weitere, ob er dem Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer eine Sonderzuweisung von Zucker zur Weinführung gewährt hat. Auf alle diese Fragen hat Herr Dr. Hermes keine ausreichende Antwort erteilt, sondern Strafantrag gegen die „Freiheit“ wegen Verleumdung gestellt.

Inzwischen hat die Unabhängige Reichstagsfraktion an den Reichskanzler, Herrn Dr. Wirth, den in unserer Nr. 119 der „Freiheit“ veröffentlichten Brief gerichtet. — Die diesem Brief zugrunde liegenden Unterlagen unterbreiten wir hiermit der Oeffentlichkeit.

I.

Herr Minister Dr. Hermes hat im April 1920 vom Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer 200 Flaschen edlen Weines bezogen zum Preis von 3 Mark die Flasche. Herr Hermes kannte den wahren Handelswert, der das 15-Mfache des berechneten betrug.

Herr Hermes erklärt dies mit der Klagedrohung als „Verleumdung“.

Den Beweis für unsere Behauptung enthalten die nachfolgenden Schriftstücke:

Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer.
E. G. Trier.

Trier, den 27. April 1920.

An Herrn Reichsfinanzminister Dr. Hermes
Berlin-Schöneberg.

„Euer Erzellenz beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß ich, heute erst von einer Reise zurückkommend, Ihr Telegramm vorgelesen habe. Es ist nicht leicht, dem gedehnten Wünsche zu entsprechen. Die Weine kosten pro Flasche 3 M., aber das ist selbstverständlich nicht der heutige Handelswert, und nur dieser kann in Frage kommen, wenn Sie für Ihre beraubte Sendung Entschädigung verlangen wollen.“

Ich habe deshalb eine Rechnung geschrieben und die Preise eingepreist, die heute im Handel für die Weine bezahlt werden, und hoffe damit, Ihrem Zweck entsprechend gebiert zu haben.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Euer Erzellenz ergebenster H. Faust.“

Trierischer Winzerverband A.G.

Trier a. d. Mosel, 27. April 1920.
Rechnung

für
Herrn Reichsfinanzminister Dr. Hermes
Berlin-Schöneberg.

Sandten Ihnen für Ihre Rechnung und Gefahr durch die Bahn:	
25/1 Hl. 1915er Maximin Grünhäuser Garrenberger Erzellenz von Schubert & S.	875,—
12/1 Hl. 1917er Throner Vosberger Erzellenz J. Mils & Co.	480,—
25/1 Hl. 1915er u. 1917er Weßner Ronnenberg Erzellenz Joh. Bergweiler & S.	1125,—
25/1 Hl. 1915er Schwarz Hochberger Erzellenz Ag. Koch & S.	1125,—
20/1 Hl. 1915er u. 1917er Serriger Rogelsang H. Beerenaufer Erzellenz Wagner Serrig & S.	1800,—
20/1 Hl. Edelmarke & S.	900,—
25/1 Hl. Entlicher Auslese Erzellenz Ab. Huesgen & S.	1000,—
25/1 Hl. Graacher Erzellenz Freiherr von Schorlemmer & S.	1125,—
Sa. Nr. 8430.—	

Diese beiden Schreiben wurden vom Winzerverband auf Anforderung von Hermes geschrieben, der eine Rechnung zu Reklamationszwecken der Eisenbahn gegenüber brauchte, da die Sendung beraubt ankam.

Nachdem aber von den ganzen 200 Flaschen nur 13 fehlten (daher auch in der Rechnung nur 187 Flaschen) verzichtete Minister Hermes darauf, von der Eisenbahn sich den Handelswert ersetzen zu lassen. Er sandte den Betrag

von 600 Mark (also 3 Mark pro Flasche) ab, wie aus einem handschriftlichen Erledigungsvermerk auf dem Original hervorgeht und bekam dann vom Winzerverband die beraubten 13 Flaschen gutgeschrieben. Beweis:

„Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer.“

Trier, den 18. August 1920.

Er. Erzellenz, dem Herrn Reichsminister Dr. Hermes.
Berlin W 8, Mohrenstr. 11/12.

Nach Rückkunft von einer längeren Reise finde ich den Brief des Herrn Regierungsrats betreffend eine Weinsendung hier vor. Euer Erzellenz sind bei dem Verband mit 561 M. belastet. Wir haben den Mehrbetrag von 30 M. per Postanweisung zurückgehen lassen. Wir danken für die Geldsendung und hoffen, daß die Weine gefallen haben. Ist die Angelegenheit wegen der Beraubung der Sendung Ew. Erzellenz erledigt oder können wir in der Sache noch etwas tun? Die Sendung ist von unserer Seite hoch versichert gewesen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung
ges. Faust.“

II.

Einige Monate später hat der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer durch das persönliche Eintreten des Herrn Ministers eine Sonderzuweisung von Zucker zur Weinführung erhalten. Diese Zuwendung erfolgte trotz der Feststellung der Reichszuckerstelle, daß nach den vorliegenden Berichten eine drückende Notlage nicht anzunehmen sei und trotz der Gegenvorschläge des Weinreferats, das erst den Beweis für das dringende Bedürfnis auf Grund sachlichen Materials verlangte. Minister Hermes wollte bei dieser Sonderzuweisung, die bis dahin gelübte Verteilung durch den Bundesstaat (Preußen) ausgeschaltet wissen und hat Preußen auch ausgeschaltet.

In der amtlichen Erklärung vom 10. März wird erklärt, daß dieser Antrag keine getrennte Behandlung erfuhr, sondern „in Verbindung mit den erwähnten Einfuhranträgen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bearbeitet wurde“. Die Zuteilung sei in „Würdigung der vorgebrachten Gründe nach eingehender Aussprache“ beschlossen worden, wobei sich „hierbei der Minister der Auffassung des Staatssekretärs und des Referenten für die besetzten Gebiete anschloß“. Die direkte Belieferung an den Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer sei erfolgt, um den „Umweg über die Landesregierung“ zu ersparen.

Diese Erklärung enthält kein Wort von der ablehnenden Haltung der Reichszuckerstelle, auch kein Wort davon, daß das eigene Weinreferat erst die Belieferung sachlichen Materials für das behauptete dringende Bedürfnis verlangte.

Zum Beweis für unsere Behauptung werden wir die betreffenden amtlichen Protokolle mit unwesentlichen Streichungen veröffentlichen.

Verschwundene Akten?

In der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses gegen Hermes gab Dr. Herz Kenntnis von dem Schreiben der USPD-Fraktion an den Reichskanzler. Der Ausschuh beschloß einstimmig, die Untersuchung auf die neuen Vorwürfe bezüglich des billigen Weinbezuges und der Zuckerzuweisung auszudehnen.

Dr. Herz benannte sofort die zu vernehmenden Zeugen und stellte ferner den Antrag, den gesamten Briefwechsel zwischen dem Winzerverband und dem Winzerverband einerseits und dem Minister Hermes, dem Reichsfinanzministerium und dem Regierungsrat Ratte andererseits herbeizuschaffen. Bei der Beschlussfassung über die Beweisangebote gab es ein interessantes Zwischenstück: Auf eine Bemerkung des Staatssekretärs Huber, er glaube nicht, daß vom Ernährungsministerium die Korrespondenz vollständig vorgelegt werden kann, beantragte Dr. Ledt, die gesamte Korrespondenz bei dem Winzerverband und dem Winzerverband in Trier durch die Behörde beschlagnahmen zu lassen. Es wurde demgemäß beschlossen. Auf eine nachträgliche Frage des Staatssekretärs Huber, ob dieser Beschluss auch für den Fall gilt, daß der gesamte Briefwechsel vom Ernährungsministerium vorgelegt werden könne, antwortete der Abgeordnete Dr. Ledt mit einem kurzen Ja.

Ueber den ersten Teil der Sitzung schreiben die „FR.“:

Die offizielle Berichterstattung über die Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen Dr. Hermes fordern schärfsten Protest heraus.

Schon nach der Sitzung vom 21. 2. mußte der „Vorwärts“ in zwei Veröffentlichungen vom 26. 2. und 3. 3. den offiziellen Bericht richtigstellen, indem er an Hand der Akten nachwies, daß in der bekannten Auto-Angelegenheit eine nachträgliche Umbuchung von Beträgen erfolgte, während der Bericht von ordnungsgemäßer Verbuchung sprach. In der Verhandlung am Sonnabend stellte sich nun heraus, daß nach dem stenographischen Protokoll schon damals Regierungsrat Funke die nachträgliche Umbuchung einiger Beträge zugegeben hatte. Dennoch stellt der heutige Bericht, der ausdrücklich als amtlich bezeichnet wird, die Sache wieder auf den Kopf und behauptet, daß der Abgeordnete Dr. Herz sich überzeugt hätte, daß die Ausführungen im „Vorwärts“ irrtümlich seien.

Das gleiche gilt von der Beweishebung in der Briefaffäre Augustin-Ramm. Wie die „FR.“ hören, denkt der Abgeordnete Herz nicht daran, auf die eibliche Beweisaufnahme zu verzichten, und hält unter allen Umständen die Vernehmung der im „Vorwärts“ vom 3. 3. angeführten Zeugen (Regierungsrat Vitton, Dekonomierat Maud und Staatssekretär Ramm) für erforderlich, da nur so die doppelte Ehrenwort-Affäre Hermes contra Ramm geklärt werden könne.

„Der Kurs Hermes“

Die zu fünfzig Prozent volksparteiliche, zu fünfzig Prozent deutschnationale „Tägliche Rundschau“ widmet Herrn Hermes zu seiner endgültigen Verurteilung in das Reichsfinanzministerium einen Leitartikel mit der bezeichnenden Ueberschrift „Der Kurs Hermes“. Von Hermes selbst entrollt sie hierbei folgendes Bild:

„Dr. Hermes entfaltete einer politischen Atmosphäre, die nicht die unserige ist. Er bekennt sich zu einem Regierungssystem, von dem wir keine ersprießlichen Wirkungen auf die Zukunft unseres Vaterlandes versprechen. Aber er ist eben — nehmt alles nur in allem — ein Kerl. Er hat Rädgrat, er weiß, was er will. Er hat es gewagt, ohne Rücksicht auf die in solchen Fällen unaussprechlichen

Schmähungen, den Phrasenbrüchern von links die Stirn zu zeigen. Er hat es gewagt, sachliche Notwendigkeiten der Wirtschaft über den doktrinären Parteikram der Sozialdemokraten zu stellen, vor dem sonst das Kabinett und sein Meister Wirth in die Kniebeuge zu sinken pflegen. Und er hat das gewagt, obwohl er im Grunde nur ein einzelner war. Zwar dem Zentrum weltanschaulich zugehörig, war er doch kein fraktioneller Parteibonze, nicht Randalsträger, nicht gebunden an Wählerschaft und Fraktion, deshalb auch von ihnen nicht immer gestützt, jedenfalls gegen den Strom der Zentrumsmehrheit schwimmend... Wir haben Grund zu der Hoffnung, daß er auch die persönliche Hartnäckigkeit, die dazu gehört, den Daumen auf die mageren Staatsgelder zu drücken, die durch tausend Kanäle einem deutschen Finanzminister von heute weglassen wollen...“

„Ob wir wohl von einem kommenden Regierungskurs Hermes reden können? Hermes ist der Minister, der das von den vier Kompromissparteien gebilligte Garantieprogramm der deutschen Volkspartei durchführen soll... Auf die Denkschrift des Dr. Becker-Hessen ist Hermes gemißtrauisch vereidigt. Wir werden also in jedem Falle einen „Kurs Hermes“ erleben.“

Womit bewiesen ist, daß Hermes also weniger der Mann des Zentrums als der Mann der Deutschen Volkspartei ist, als deren Vorposten er schon seit dem Rapp-Putsch den verschiedenen Wechseln unterworfen gewesen Kabinetten angehört hat. Daß die Rechtssozialisten auch ihn schlachten mußten, ist ihnen sicher bitter, aber es bleibt ihnen eben nichts erspart. Man muß, wenn man schon Koalitionspolitik um jeden Preis treiben will, den Reich bis auf die Reige leeren.

Ministerauswahl

Die „Sozialistische Korrespondenz“ veröffentlichte gestern abend folgende beachtenswerten Ausführungen:

Vor einem schlesischen Schöffengericht wurde dieser Tage über eine Verleumdungsklage entschieden, die der preussische Innenminister Severing gegen ein deutschnationales Blatt angestrengt hatte. Die erhobenen Vorwürfe erwiesen sich als eitel Erfindung; wie gewöhnlich konnte nicht einmal der Versuch eines Wahrheitsbeweises gemacht werden. Das Urteil lautete auf 250 M. Geldstrafe. Die Geringfügigkeit der Strafe begründete das Gericht damit, daß ja heute auch die Qualität der Minister nicht mehr so sei wie früher — heute könne jeder Handwerker Minister werden. Die Ehre von Arbeitern, auch wenn sie zufällig Minister geworden sind, hat eben bei den musterhaft objektiven preussischen Gerichten geringen Kurs.

Es gab einmal in Preußen einen Finanzminister, der früher Präsident des Finanzamts Kassel gewesen war. Der fragte bei seinem Ministerpräsidenten an, ob ihm der Finanzministerposten so sicher sei, daß er den Präsidentenposten in Kassel ruhig neu belegen lassen und mit Hausrat und Familie nach Berlin übersiedeln könne. Herr Stegerwald versicherte diesem Finanzminister, das Ministerium im ganzen und seine Finanzministerfunktion im Besonderen würden seinen Dienstwohnung. Er hatte angeordnet, daß ein Teil der Dienstwohnung in Diensträume umgewandelt würden, was geschah? Es blieben nur noch 17 Zimmer der Dienstwohnung übrig. Als nun der neue Finanzminister Sämisch einziehen wollte, warf er schleunigst die eingezogene Abteilung des Finanzministeriums aus der Dienstwohnung wieder heraus; er mußte die ganze Dienstwohnung haben. So zog der Finanzminister Sämisch ein — an dem Tage, an dem das Kabinett Stegerwald zurücktrat. Aber jede gute Tat trägt ihren Lohn in sich. Herr Sämisch wohnt noch heute, fast ein halbes Jahr nach seiner kurzen Ministerfunktion, in der Dienstwohnung des Finanzministers. Warum auch nicht? Herr Unterstaatssekretär Busch vom Finanzministerium, der nach dem Rapp-Putsch zur Disposition gestellt wurde, wohnt noch immer in der Dienstwohnung des Unterstaatssekretärs. Alles in Ordnung; die Nachfolger sind einverstanden, und die unredlichen Inhaber der Dienstwohnungen zahlen „Miete“. Der Witz beginnt erst jetzt: Herr Sämisch, ständlicher Inhaber der ungefürgten Dienstwohnung des Finanzministers, wird Reichsfinanzminister. Chalmers begins at home — Weistätigkeit fängt man am besten bei sich selber an, sagen die weisen Engländer. Aber diese dummen Kerle wissen auch nichts von den Vorzügen deutscher Fachminister.

Ja, und Herr Hermes! Selbst ein weit rechts stehendes Blatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ fragen entsetzt, wie man in diesem Augenblick und unter diesen Umständen den Mann zum Reichsfinanzminister machen konnte, wer diese Taktlosigkeit und politische Provokation zu verantworten habe!

Wer eigentlich? In Braunschweig hat die sozialdemokratische Fraktion an die Fraktion der USPD unlängst ein Schreiben gerichtet, daß wir auf jedes Zusammenarbeiten mit der USPD verzichteten müßten, wenn nicht der Korruptionsminister Sepp Dettler verschwände. Gegen Sepp Dettler lag vor ein sehr ansehbares Gerichtsurteil in Sachen des Professors Otto und der Entwürfe eines Korruptionsbrieffes, den der geschrieben hatte. Gegen Hermes liegt zehnmal soviel war. Aber freilich, als wir an die USPD in Braunschweig wegen Sepp Dettlers schrieben, da waren wir sicher, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten den Mann ohne weiteres ausmergen würden. Welche Wirkung ein ebensolcher Brief in Sachen Hermes gehabt hätte, darüber wagen wir keine bestimmte Behauptung aufzustellen. Das Zentrum hat Erzberger fallen lassen; natürlich muß es Hermes halten.

In Sachen des Trierischen Winzerverbandes wird nicht bestritten, daß Hermes zwei Sendungen Wein um etwa 15000 Mark unter dem wirklichen Handelspreis erhalten hat. Auch die Gegenleistung an Zucker wird nicht mehr bestritten. Es wird nur noch behauptet, daß auch zwei andere Winzervereinigungen, die keinen Wein geliefert hätten, eine Ertragszuwendung an Zucker erhalten hätten. Freut Euch, Schmiergeldempfänger von ganz Deutschland! Ihr werdet künftig freigesprochen, wenn ihr nachweist, daß Ihr einige Fälle auch ohne Schmiergeld erledigt habt. Doch der Trierische Winzerverband besonders bevorzugt worden ist, wird erwiesen werden. Aber wozu verlangt man überhaupt erst diesen Beweis? Darf ein Minister, auch wenn sein amtliches Handeln keine Bevorzugung einer Stelle darstellt, über die er amtlich zu befinden hat, von dieser Stelle Geschenke annehmen?

Zähne 6 u. 9 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 M. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Str. 1.

Als Untersuchungsgefangener in Moabit

Die Seelenfolter der Untersuchungsgefängnisse

Ein Bedauernswertiger, der das Untersuchungsgefängnis Moabit besser kennt, als ihm lieb ist, — (Typus: vorbestraft), — sendet uns die nachstehende Schilderung. „Sie ist naturgetreu und bürge ich dafür,“ schreibt er in seiner unbeholfenen Art. Wir geben sie unangetastet wieder, weil sie von großem sozialpsychologischen Interesse ist und beweist, wie schmerzhaft die Seelenfolter der Untersuchungsgefängnisse ist, die von Natur empfunden wird, von denen man annehmen kann, daß sie keineswegs besonders empfindlich veranlagt sind.

Wenn früher, in alter Zeit, man einen Menschen zum Geständnis eines Verbrechens überführen wollte, so bediente man sich dabei verschiedener Marterwerkzeuge (Daumenschrauben usw.). Diese sonderbaren Werkzeuge hatten die wunderbare Eigenschaft, aus einem jeden Menschen die gewünschten Verbrechen herauszubringen. Ja, zuweilen kam es vor, daß Menschen, die kaum daran gedacht hatten, je ein solches Verbrechen geträumt zu haben, — bei Anwendung von Daumenschrauben usw. sich genau erinnern konnten, dieses und jenes Verbrechen begangen zu haben. Verfiel wirklich jemand mal dabei in Ohnmacht, nun, so hatte man ja Zeit, — und der Verbrecher kam doch wieder zu sich, und dann konnte das wunderartige Werkzeug wieder in Bewegung gesetzt werden, bis das Problem gelöst war — und gelöst wurde es auf alle Fälle.

Allmählich wurde man aber gewahr, daß ein solch gewalttames Gerichtsverfahren eines Menschen unwürdig sei, und so schaffte man die Marterwerkzeuge ab, und eine neue Zeit brach an. Die Körperqual, welche man als Mittel zum Zweck in Anwendung gebracht hatte, hörte auf und wurde ersetzt durch die Seelenqual — welche nicht minder grausam ist.

Alle diese Gedanken, und noch vieles mehr schwirren mir im Kopfe herum, indem ich mich auf meinem harten Lager hin- und herwälze. Dazwischen höre ich die Hupensignale und das Rattern der Autos. Unter meinem Fenster schlürft die Nachtwache vorbei. Ab und zu bleibt sie stehen, um zu horchen, ob sich etwa jemand durch Heulen am Fenstergitter bemerkbar macht. Dann legt sie ihren Gang fort, bis allmählich ihre Schritte in der Ferne verhallen.

Oh, diese lange, lange Nacht! Sie will gar kein Ende nehmen! — Und weiter gehen meine Gedanken. Wie war es nur möglich, daß ich mich nun schon zum 10. und 11. Male in diesem Hause befinde? Gibt es denn für mich gar keine Rettung mehr? Bin ich denn nur dazu geboren, um mein ganzes Leben lang derartige Häuser zu füllen, um womöglich noch von hier begraben zu werden? — Gott sei's geflagt! — Aus welchen Gründen wurde ich aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen? Warum hat man mir den Anspruch auf freie Existenzberechtigung geraubt? Einen Hund strafft man, wenn er etwas ausgefressen hat, aber nachher hat man ihn ebenso lieb wie vorher, — alles ist vergessen, vergeblich! Jedoch wie ganz anders gestaltet es sich bei einem vorbestraften Menschen. Nicht nur, daß er seine verbüßte Strafe Zeit seines Lebens als ein Geheimnis mit sich herumzutragen hat, muß er sich es auch gefallen lassen, daß, nachdem er seine Strafe verbüßt, noch entehrt wird, — Gewissensqualen der Nachwelt der Hauptmaßzeit! — Wenn man aber ein Kind übermäßig bestraft, so wird es als Mißhandlung — — — doch was ist das? — — Mitten in stiller Nacht, das schaurige Lied eines Leidensgenossen, welcher in laut klagenden Tönen singt:

Von der Menschheit so weit,
Von der Welt, ach, so fern —
Oh weine nur nicht . . .
Wenn ein schüchtern, verzweifelltes Lachen, — ein gelender Schrei —
„Hilfe! Hilfe!“

Nun sitzen die Fensterhebeln. Es hört sich an, als wenn die ganze Zelle in einen Schutthaufen verandelt wird. Allmählich läßt der Lärm nach. Mütter und immer mütter wird das Toben, bis sich nur noch ein leises Stöhnen bemerkbar macht. Scheinbar ist wieder alles in Ruhe, aber nur scheinbar — denn von allen Gängen huschen auf Fittschuhden gepferkterhaft die Nachtwachen herbei und erwarten mit Spannung den Augenblick, wo die Zelle geöffnet werden kann, dann aber, nachdem dies geschehen, erschallt wieder allerlei „fraglicher Lärm“, wobei sich flehentliche Hilferufe mit untermischen. Nun geht es wie ein wahrer Sturmwind die Treppe herab. Kraftausdrücke wie „Halunken!“ oder „Ihr seid ja die reinsten Heiden!“ einiger wahrgewordenen Leidensgefährten, gehen bei diesem Lärm achtlos vorüber. Schwächer und immer schwächer wird das Geräusch, bis es endlich in lautloser Stille sein Ende findet. Die „Nachtwachen“ haben mit ihrem Opfer den geheimnisvollen Keller erreicht, und — grobe Erleichterung als ich es getan hatte.

„Nun, so kommen Sie mit!“

Er führte mich in einen großen Saal, wo an einer langen grünen Tafel lauter junge Studenten saßen. Am oberen Ende der Tafel bemerkte ich einen schon älteren Herrn mit einem großen Affenbündel vor sich. Als ich eintrat, erhob sich ein Student und schlug mit einem Messer dreimal an ein Glas, worauf sich alle Blicke zu mir wendeten. Der ältere Herr hatte sich während dessen ein schwarzes Barett aufgesetzt, und las mit aus dem großen Affenbündel vor, daß ich sieben Tage Arrest hätte, welche ich sofort verbüßen müßte.

Zwei Soldaten nahmen mich darauf in ihre Mitte, der eine war im Besitz einer Flöte, wogegen der andere sich eine Gießkanne als Trommel um den Leib gebunden hatte. Beide setzten ihr Instrument ein, und so marschierten wir mit Musik aus dem Saal hinaus.

Ein merkwürdiges Schlüsselklapper und Türenschlagen verfolge mich wieder in die Wirklichkeit zurück. Ich hatte geträumt. „Haben Sie nicht die ganze Nacht Zeit zum Schlafen gehabt?“ so lachte mich ein noch in den Kinderjahren stehender junger Aufseher an. „Nun mal schleunigst den Eimer raus und den Wassertrag her! Hier ist es nicht Mode, bis zum Mittag in den Betten zu liegen!“

Nun, ich konnte dem Aufseher darauf nichts erwidern. Ziellos lief ich herum, wie ein schlecht geschlafener Affe, und derartige Kreaturen sind immer im höchsten Grade gnadlos und reizbar. Ich sog mich also an, wusch mich und machte meine Zelle sauber. Dann trank ich meinen Kaffee, um gleich hinterher in einem runden Kreis den Varenanz mit fünf Schritt Abstand (Freistunde) auszuführen.

Langsam schleichen die Stunden dahin, — eintönig, sorgenvoll, die Zeit will gar nicht vorwärts schreiten. Doch endlich ertönen drei leichte Gongschläge durch den Kellerzellenbau, das Zeichen, daß es Mittag sei, und daß die Eßstiefel auf die einzelnen Stationen heraufgebracht werden. Dann, es ist jetzt elf Uhr, ertönt noch einmal die große Hausglocke, welche sich so anhört, als wenn man einen Eisenkloppel in einer Konjunkturbüchse angebracht hätte und diesen in Bewegung setzte. (Die Glocke hat einen Sprung!) Nun wird das Essen ausgeteilt. Heute gibt es Sauerhohl mit Schellfisch. Nach dem Essen durchwandere ich wieder meine Zelle, gleich einem Perpendikel — ununterbrochen — auf und ab. Es ist dies das einzige Mittel, um beruhigend auf das Gemüt zu wirken. Zwar krummt der Magen in allen Variationen, aber was macht's, — viele Menschen werden vielleicht heute gar kein Mittag genießen haben.

Doch da kommt jemand an meine Tür und guckt durch den Spion in meine Zelle hinein, und gleich darauf höre ich rufen: „Sauerhohl!“

Ich antworte mit einem lauten, freudigen „Ja“.

Endlich, so fuhr es mir blühartig durch den Kopf, kann ich mich einmal wieder satt essen! Und zitternd vor freudiger Aufregung stürze ich nach meinem Schrank, ergreife den Schnaps und eile der Türe zu. Die Tür öffnet sich, und — — — der Barbier reicht mir das Seifenbeden zum Einweichen herein.

Enttäuscht stelle ich meinen Schnaps wieder an seinen Ort, und mechanisch laufe ich an den Seifenschaum auf meinem Gesicht zu verteilen. Doch es bleibt mir keine Zeit zum Nachdenken übrig, denn der Barbier hat schon wieder einen anderen Leidensgefährten mit seinem angeblühten „Sauerhohl“ beglückt, indem er mir das Seifenbeden abnimmt und es meinem Nachbar überreicht.

Nun beginnt die Prozedur des Rasierens. Der Barbier fragt mich: „Wienoche sind Sie schon hier?“

„Drei Wochen!“ (In dem Augenblick ist er mit der rechten Wade fertig.)

„Wegen Diebstahl?“

„Ja!“ (Die linke Wade ist auch rasiert.)

„Sind Sie schon vorbestraft?“

„Ja!“ (Hals und Rinn ist fertig, und nun noch ein Strich von unten nach oben, dann ist auch die Pflöge verschwunden, und ich bin abgeschabt.)

Indem er mit einer grandiosen Armbewegung den abgeschabten Seifenschaum von seiner Hand mit Luftstoß auf die Tischplatte wirft, verläßt der Barbier freundlich nickend am Wege des Lebens stehend.

Allmählich geht der Tag seinem Ende entgegen. Eine Kesse Suppe nebst einer Scheibe Brot beschließen den Tag. Jedoch kurz vor Einbruch bringt mir der Aufseher noch ein Schreiben vom Gericht, in welchem mit mitgeteilt wird, daß meine Untersuchungsgefängnisse auf weitere drei Wochen verlängert wird.

Mit der trostlosen Aussicht, weitere drei Wochen in diesem Hause des Jammers und der Verzweiflung verweilen zu müssen, klappe ich niedergeschlagen mein Wandbett herunter, um von Neuem eine schlaf- und ruhelose Nacht zu verbringen.

Die Tariffschraube

Der Magistrat besaß sich heute in außerordentlicher Sitzung mit der Deckungsvorlage anlässlich der letzten Lohnsteigerungen. Es wurde beschlossen, bei den städtischen Werken den Preis für elektrischen Lichtstrom von 6,— auf 6,30 M., für Kraftstrom von 2,60 auf 3,20 M. zu erhöhen. Der Gaspreis soll nur um 20 Pfennige von 3,80 auf 4,00 M., der Wasserpreis um 10 Pfennige von 1,90 auf 2,00 M. gesteigert werden. Bei der Straßenbahn zwingen die große Steigerung der Material- und Kohlenkosten und die Notwendigkeit außerordentlicher Erneuerung dazu, den Preis für die einfache Fahrt von 2,— auf 3,— M. zu erhöhen. Der Fehlbetrag in den übrigen Verwaltungen soll wenigstens teilweise durch einen abermaligen Zuschlag zur Gewerbesteuer gedeckt werden, der in den Klassen 1, 2 und 3 gleichmäßig 300 Prozent des staatlichen Satzes betragen soll. Für den dann noch verbleibenden Fehlbetrag sieht der Magistrat keine andere Deckungsmöglichkeit als durch Erhöhung des Gemeindeanteils an den Reichsteuern. Die entsprechenden Vorlagen werden der Stadtvorordneten-Versammlung schon zur nächsten Sitzung mit der Vorlage über die Lohn-erhöhungen zugehen.

Sobald die Vorlage des Magistrats vorliegen wird und man sich ein Bild über die zahlenmäßige Auswirkung der Tarifierhöhungen machen kann, wird man sachlich zu den Plänen des Magistrats Stellung nehmen können. Es ist aber schon jetzt lebhaft zu begrüßen, daß der Magistrat die Tarifierhöhungen ganz erheblich geringer angelegt hat, als es unmittelbar nach dem Erheben der Lohnforderungen der städtischen Arbeiter geschehen war. Ohne Tarifierhöhung wird es nicht abgehen; so gut die Arbeiterlöhne infolge der zunehmenden Geldentwertung erhöht werden müssen, so gut müssen natürlich auch die etwaigen Einnahmen der Werke, die sich mit der Geldentwertung zwangsläufig ebenfalls vermindern, etwas erhöht werden. Es handelt sich lediglich um das Maß, in dem einer Tarifierhöhung zugestimmt werden kann. Dieses Maß kann nicht einseitig von dem rechtlichen Bedürfnis der Werke bestimmt werden, sondern dabei hat als sehr wesentlicher Faktor für die Berechnung die stark verminderte Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung mitzuwirken. Daß sich der Magistrat endlich zu dem von unserer Seite seit langem vertretenen Gedanken der Reichshilfe für die Gemeinden bekennt, ist ebenfalls zu begrüßen.

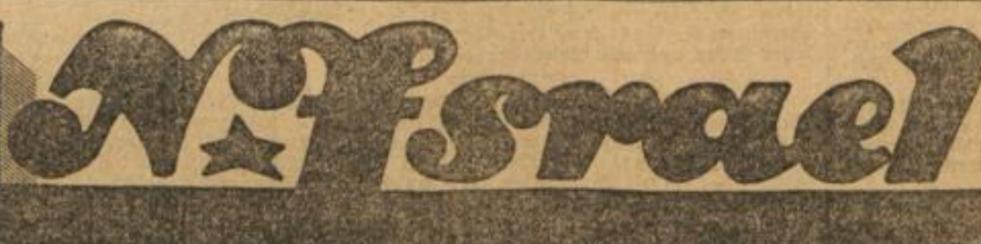
Die Elektrifizierung des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs

Mit der Elektrifizierung des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs soll nunmehr bei Eintritt der milden Witterung durch den elektrischen Ausbau der Strecken Stettiner Bahnhof-Vernau und Stettiner Bahnhof-Hermisdorf begonnen werden. Aller Voraussicht nach wird im Laufe des Jahres 1923 die Elektrifizierung dieser beiden Strecken durchgeführt sein.

Die Energieverteilung des notwendigen Fernstromes mit 100.000 Volt Spannung für den gesamten Stadt- und Vorortverkehr ist durch zwei Umspannwerke in Lichtamp und Rummelsburg geplant. Hochspannungsseilseil mit 30.000 Volt übertragen die Energie zu den verschiedenen Umspannstationen. Entschieden ist noch nicht, ob der Strom aus reich eigenen bestehenden Werken, oder aus einem neu zu errichtenden bahn-eigenen Elektrowerk im Mühlentor Braunföhlenrieder bezogen wird. Zur Erreichung der notwendigen Stromenergie müssen täglich 4000 To. Braunföhlen, also der Inhalt von 200 Waggons mit 20 To. Ladeinhalt, verfeuert werden.

Da für die Leistungsfähigkeit der Stadt- und Ringbahn fast nur die schnelle Abfertigung der Rüge ausschlaggebend ist, wird auf den zweckmäßigen Bau der Trieb- und Personenwagen im Interesse einer schnellen Rüllung und Entleerung der Wagen das allergrößte Gewicht gelegt werden. Da jetzt auf der Stadtbahn in der verkehrsreichsten Stunde aus technischen Gründen nur 24 Rüge verkehren können, bei den elektrischen Rügen aber mit 40 pro Stunde berechnet wird, so würde die Höchstleistung des elektrifizierten Betriebes zwischen zwei Stationen rund 60.000 Personen betragen, gegenüber 24.000 Personen beim jetzigen Verkehr.

Angeht die Berliner Verkehrsbehörde ist es aber eine



Damenkleidung
Bluse aus gestreiftem Perkal halbfrei oder hochgeschlossenen zu tragen 89. —
Bluse aus weißem Voll-Voll mit breitem Revers und Hohlkragen... 250. —
Kleid vorzgl. reinwoll. Cheviot m. Stickerei 750. —
Kleid Knostedecker Tricotstoff, weißfarb. 995. —
Mantel a. Covertcoat 625. —
Korsette
Korsett a. mod. farb. Körper m. 1 Paar Haltern 48. —
Korsett a. weiß. Körper Drall m. 1 Paar Haltern 85. —
Korsett a. weiß. Drall waschb. m. Einlage 150. —
Hüfthalter a. Drall mit 2 Paar Haltern 120. —
Büstenhalter... 22.50

Hauswäsche
Mengenabgabe vorbehalten
Stubenhandtuch weiß leinen Gerstenkorn, Jacquard-kante 48x92 cm... 27.50
Küchenhandtuch grau gestr. Leinen m. bunt. Kante 48x100 cm 22.50
Kaffeedecke buntfarbig 120x120cm 130x130cm 130x160cm 99.50 119.50 149.50
Kaffeegedeck weiß Jacquard m. farb. Kant. 130x160 mit 6 Servietten... 250. —
Staubtuch gelb mit roter Kante 4.50
Poliertuch gelb, beidseitig 4.50
Fenster-Schwamm 21. —
Echt Fensterleder 22.50

Kleiderstoffe
Bedruckt Kreton für Dirndkleider u. Schürzen, vorzgl. Qualität Mtr. 31.50
Tennistoffe in schönen Streifen Mtr. 32. —
Rockstoffe marine-weiß gestreift, 105 cm. Mtr. 85. —
Noppentoffe 130-140 cm... Mtr. 195. —
Reinw. Gabardin u. Twill sandfarbig u. in and. neuen Farb.
Seidenstoffe
Blasenseide kariert, 42 cm breit... Mtr. 68. —
Mantelseide im-pretiga ca. 120cm Mtr. 168. —
Farbige Bastseide gemustert ca. 85cm Mtr. 225. —
Batikseide 85 cm breit... Mtr. 128. —
Surah schottisch kariert l. Kostime Mtr. 254. —

Gardinen
Halbvorhang Erbetill m. Vierecken u. Einseit. 150. —
Halbvorhang mit Bändchenarbeit... 178. —
Halbvorhang mit Klöppelinsätzen und Filet-Vierecken... 250. —
Halbvorhang m. reich. Bändchenarbeit und Klöppelinsätzen... 320. —
Halbvorhang Spechtarbeit, reich gestickt 475. —
Bettvorleger
Bonclé (Haargarn) farbig gemustert 50x100 cm 150. —
Tapestry Prima Qualität in vielen Mustern 50x120 cm... 350. —
Axminster vorzügliche Qualität in vielen Mustern 65x125 cm... 450. —
Wachser, Vorleger bunt gemustert... 49.50
Decken u. Kissen
Daunen-Steppdecken bunt gemustert Satin, Doppelseit. 160x210 cm 3500. —
Bunte Seide mit Satin-Rückseite 160x210 cm 4200. —
Kissengarnitur für Korbmöbel, Sitz- und Lehnkissen... 79. —

bringende Notwendigkeit, daß das Projekt nicht zu lange ein Projekt bleibt, sondern mit aller Kraft an seine Verwirklichung herangeführt wird. Da diese Auffassung auch in den maßgebenden Stellen der Berliner Eisenbahn-Direktion zu herrschen scheint, kann man die Hoffnung haben, daß in einigen Jahren die schon sprichwörtlich gewordene Berliner Verkehrsmisere behoben ist — d. h. wenn auch die anderen Verkehrsinstitutionen in gleicher Weise ausgebaut und modernisiert werden.

Der erste Berliner Wolkenträger

Das Turmhaus am Bahnhof Friedrichstraße.

Der Plan, auf dem scheußlichen Kummelplatz an der Weidenhammer Brücke das erste Berliner Turmhaus zu errichten, steht vor der Verwirklichung. Der Berliner Magistrat als Besitzer des in Betracht kommenden Geländes hat bereits mit der Turmhaus-Aktiengesellschaft einen Vertrag geschlossen, der am nächsten Donnerstag den Stadtverordneten zur Genehmigung vorgelegt werden soll, und dann steht dem Bau des ersten Berliner Wolkenträgers nichts mehr im Wege. Es handelt sich um die Ausführung eines zwanzig Stockwerke hohen Gebäudes, das nicht weniger als 50 000 Quadratmeter Bauraum umfassen soll.

Der Magistrat teilt mit, daß die Turmhaus-Aktiengesellschaft sich den größten Teil des Häuserblocks zwischen Friedrichstraße, Reichstagsufer und der Straße längs des Bahnhofs Friedrichstraße gesichert habe. Die fehlenden Restgrundstücke, nämlich eine 10 Quadratmeter große Baumasse am Reichstagsufer und den als Bauland in Frage kommenden 240 Quadratmeter großen Teil des früheren Gutmännischen Grundstücks an der Friedrichstraße Ecke Reichstagsufer, beabsichtigt der Magistrat der Turmhaus-A.G. zunächst anzustellen und später zu verkaufen. Dieses letztere Grundstück ist der Stadt im Enteignungsverfahren zugesprochen worden. Die Sachverständigen haben den Wert auf 1 800 833 Mark festgesetzt. Die Stadt wolle es mit 2 Millionen Mark abgeben, um ihre Unkosten herauszubekommen und 700 000 Mark dem Grunderwerbsfonds zuführen zu können. Dieser Mehrbetrag stelle einen Ausgleich für die Anliegerbeiträge dar, die die Stadt zu den Kosten der Verbreiterung der Friedrichstraße und des Untergrundbahnhofs herzugeben hat.

Weiter heißt es in der Vorlage, die der Magistrat den Stadtverordneten zugehen läßt: „Ein höherer Kaufpreis ließ sich nicht erzielen, da die Turmhaus-A.G. gegenüber fünfgeschossigen Gebäuden mit so wesentlich höheren Baukosten und weiteren Unkosten zu rechnen hat, daß das Bauvorhaben an einem höheren Preise scheitern mußte. Den Hauptvorteil glaubt der Magistrat daraus legen zu müssen, daß durch Schaffung von rund 50 000 Quadratmetern Bauraum in dem darin bestehenden Mangel abgeholfen wird, zugleich durch Freimachen jetziger Bauraumteile Wohnräume geschaffen werden, und insbesondere darin, daß durch den Bau einer so umfangreichen Anlage dauernde Arbeitsgelegenheit für mehrere hundert Arbeiter und Angestellte gesichert wird. Die Finanzdeputation und die Tiefbaudeputation haben die Vertragsbedingungen genehmigt. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zugehen lassen mit der Bitte um beschleunigte Beschlußfassung, da die Turmhaus-A.G. sofort nach Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung mit den Vorarbeiten zum Bau beginnen will.“

Zur Steuerveranlagung für 1921

Eine drohende Schädigung der Arbeitnehmer.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist nur derjenige Steuerpflichtige, dessen Einkommen im Kalenderjahr 1921 nur aus Arbeitseinkommen unter 24 000 M. bestand, zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, wenn ihm von seinem Finanzamt ein Formular zugestellt worden ist. Nach § 49 Ziff. 1 können solche Steuerpflichtige Veranlagung beantragen, wenn der Unterschied zwischen dem einbehaltenden Betrag und dem auf die Veranlagung zu erhebenden Betrag 15 M. übersteigt. Jedem Arbeitnehmer mit Einkommen unter 24 000 M. ist zu raten, Veranlagung zu beantragen.

Wie aus nachstehendem Beispiel ersichtlich ist, haben auch im Jahr 1921 wieder fast alle Lohn- und Gehaltsempfänger größere Beträge bezahlt, als ihre endgültige Steuerpflicht beträgt.

Beispiel: Ein verheirateter Angestellter hatte ein Jahreseinkommen von 12 230 M.

Die durch Steuern entrichtete Steuer beträgt 1194,70 M. Die Berechnung der Steuer ist folgende: 10% vom, auf volle 100 nach unten abgerundeten Jahreseinkommen 1920 M., davon ab

1. für sich 120 M.
2. für seine Ehefrau 120 M.
3. Werbungskosten 180 M.

420 M. = 1500 M. Jahressteuerbetrag.

Von dem so errechneten Betrag werden für das Steuerjahr nur 75% also 1125 M. erhoben. Er hat gezahlt 1194,70 M., so daß zu erstatten wären 69,70 M. Diesen zwölf gezahlten Betrag kann der Angestellte nur dadurch zurückerhalten, daß er gemäß § 49 Ziff. 1 des HGB. besondere Veranlagung beantragt. Nach § 68 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 hat er diese innerhalb des für die Abgabe der Steuerklärungen nach § 32 E. St. A. B. festgesetzten Zeitraumes dem Finanzamt einzureichen.

Wie will die Finanzbehörde den Arbeitnehmern, die in 1921 unter 24 000 M. verdienen, und kein Formular zugestellt erhalten haben, den zwölf gezahlten Betrag erstatten? Vielleicht überhaupt nicht!

Gehalts- und Lohnlisten, wie im Vorjahr, werden nicht eingereicht. Der Staat schädigt also Arbeitnehmer um Millionen. Das kann und darf auf keinem Fall geduldet werden, es sind sofort Maßnahmen zu treffen, die diese Sonderbesteuerung der Arbeitnehmer unmöglich macht.

Da der Termin am 15. d. M. abläuft, ist Regelung nur noch dadurch möglich, daß für alle Arbeitnehmer mit Einkommen

unter 24 000 M. eine besondere Einreichungsfrist neu festgesetzt wird. Wir raten allen Arbeitnehmern sich sofort Steuerantragungsformulare zu beschaffen und gleichzeitig auch von ihren Arbeitgebern Lohnausweise für 1921 zu fordern.

Einhalten sportfest der Arbeiter-Sportler

Am Sonntag, den 19. März, werden die Arbeiter-Sportler in der großen Arena des Sportpalastes (Potsdamer Straße 72) zeigen, wie Leibesübungen auf volkstümlicher Grundlage von Arbeitern betrieben werden. Alle dem Verband der Arbeiter-Sportartelle Groß-Berlins angeschlossenen Organisationen beteiligen sich daran. Die Leichtathleten sind naturgemäß mit Reibungen am meisten vertreten. Außer Groß-Berliner Vereinen haben viele Arbeiter-Sportler aus dem Reich gemeldet.

Ein Massen-Stilauflauf aller Leichtathleten, nach Musik ausgeführt, wird wie immer die Veranstaltung einleiten und die Zuschauer fesseln. Arbeiter-Radsportler werden mit Begrüßungs-, Farben- und Kunststücken aufwarten. Die Arbeiterwandler werden, wie im Stadion, Volkstänze vorführen. Unsere Schwereathleten wollen allen Freunden dieses Sportes im Leben und Ringen ihr Bestes zeigen. Der Anhänger des Boxsportes ist, kommt durch vier interessante Kämpfe auf seine Kosten. Turnen am Gerät wechselt mit rhythmischen Freiübungen der Turnerinnen, Männer, Frauen und Jugendliche beschäftigen sich auf den verschiedensten Gebieten der Leichtathletik. Hervorzubeden ist das Stabhochspringen der Männer und die Stafettenläufe von Sportlern und Sportlerinnen. Ein Fußball- und Radsportspiel werden auf diesem Gebiete den Zuschauern ein Bild von friedlichen Kämpfen geben. Zu allen diesen Vorführungen lassen Musiker aus Arbeitersportvereinen ihre Weisen erklingen.

Wer hat nicht in allen bürgerlichen Zeitungen die Lobhudeleien über das Sechstagerrennen gelesen! Die Arbeiter-Sportler warten auf keine Prämien, um zum Kampf mit 5 Itr. Kartoffeln oder einem geschlachteten Schwein aufgestockt zu werden. Arbeiter-Sportler pflegen ihren Sport, um sich gesund zu erhalten, um die Schäden der einseitigen Berufsarbeit etwas herabzumindern. Turnen und Sport ist Arbeit im Gewande der Freude. Arbeitersportler und Sportlerinnen, am 19. März habt ihr Gelegenheit, euch vom Wollen und Können der Arbeiter-Sportler zu überzeugen. Auch ihr, Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr noch in den reaktionären und monarchistischen Organisationen der bürgerlichen Sportbewegung steht, die ihr immer und immer wieder die Phrase im Munde führt, in den Arbeitersportvereinen wird euch vorzüglich nichts geboten, kommt, überführt euch, ob ihr recht habt, oder ob ihr nur eine Verlegenheitsphrase stammelt, weil ihr anders nicht zu sagen wißt. Beginn der Vorkämpfe um 1 1/4 Uhr, der Hauptkampf um 5 Uhr. Sitzgelegenheit für 7000 Personen.

Ausbildung von Spielleitern

Das Jugendamt der Stadt Berlin, Hauptabteilung III, Abteilung Leibesübungen, Neue Friedrichstraße 80, beabsichtigt, auch in diesem Jahre einen Lehrgang zur Ausbildung von Spielleitern und -leiterinnen für die Sommerveranstaltungen auf den städtischen Spielplätzen einzurichten. Die Übungen finden in der Zeit vom 7. bis 13. April nachmittags zwischen 3 und 7 Uhr auf dem städtischen Spielplatz in Hohen Schönhausen an der Sommerstraße (ungefähr 30 Minuten vom Ringbahnhof Landberger Allee) statt. An drei bis vier Abenden schließen sich die Übungen im Samariterdienst und ein Vortrag über die Gestaltung des Spielbetriebes auf den Außenspielplätzen an. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an dem Lehrgang sind diesmal durch die Bezirksämter — Jugendämter — auszuwählen und der Hauptabteilung III, Abteilung Leibesübungen des Jugendamtes, Neue Friedrichstraße 80, vorzuschlagen.

Zu beachten ist, daß wenigstens die Hälfte der vorgezeichneten Personen pädagogisch gebildete Kräfte, und zwar in annähernd gleicher Anzahl Lehrer und Lehrerinnen sein müssen, damit der für den Erholungskursus schwächerer Kinder vorsehende Naturunterricht durchgeführt werden kann. Die Meldungen der Bezirke müssen bis zum 25. März 1922 in den Händen des Jugendamtes, Hauptabteilung III, Abteilung Leibesübungen, Neue Friedrichstraße 80, sein. Weitere Benachrichtigung der Teilnehmer erfolgt von hier aus. Wegen der großen Anstrengung, die nicht nur der Lehrgang, sondern später auch die Ausübung der Tätigkeit eines Spielleiters mit sich bringt, ist erwünscht, daß nur körperlich leistungsfähige, rüstige Personen gemeldet werden, die möglichst bereits einige Erfahrungen im Spielbetriebe von Schulen und Vereinen gesammelt und das 18. Lebensjahr überschritten haben. Jeder Angemeldete ist zu tätiger Teilnahme an den praktischen Übungen verpflichtet. Es wird dringend empfohlen, sich für die praktischen Übungen mit zweckmäßiger Kleidung zu versehen. Von jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin wird eine Einschreibgebühr von 30 M. erhoben. Daraus befreit sind Erwerbslose, die sich durch amtliche Bescheinigung als solche ausweisen können.

Die Teilnahme an dem Lehrgang ist Verbindung für die spätere Beschäftigung auf den städtischen Spielplätzen, dagegen übernimmt die Stadt keine Verpflichtung, die zugelassenen Personen später auch als Spielleiter zu beschäftigen.

Jubilare in der Volksbühne. 25 Jahre im Dienste der Berliner Volksbühnenbewegung stehen mit dem heutigen Tage Prof. Conrad Schmidt und Gustav Winkler. Conrad Schmidt übernahm am 12. März 1897 den Posten des ersten Vorstehenden der Freien Volksbühne und Jahrzehnte hindurch wirkte er auf diesem mit vorbildlichem Eifer. Als er nach dem Kriege sein Amt einer jüngeren Kraft

überließ, blieb er der Volksbühne noch als Mitglied des künstlerischen Ausschusses dienstbar und ist heute, wie immer, allen mit ihm tätigen ein wertvoller Freund und Berater. Gustav Winkler wurde gleichzeitig mit Conrad Schmidt zum besoldeten Kassierer des Vereins gewählt, nachdem er sich vorher in langjähriger gewerkschaftlicher Tätigkeit als tüchtige Kraft bewährt hatte. Trotz anfangs sehr unüberwindbar scheinender Schwierigkeiten brachte er es fertig, mit hingebungsvollem Eifer die Verwaltung des Vereins über alle Schwierigkeiten hinwegzuführen. Ununterbrochen versieht er seit dem Jahre 1897 die Geschäfte eines Kassenverwalters und nicht zuletzt seiner treuen Arbeit ist es zu danken, wenn die Volksbühnenbewegung in Berlin so gut gedeihen ist. Vielen Veteranen der Berliner Volksbühne darf man wohl wünschen, daß sie noch recht lange Jahre ihrer Sache dienen können.

Das Bezirksamt Friedrichshagen teilt mit: Nachdem eines Rohrdiebstahls wegen die Verführung der künstlerischen Puppen- spiele in der Zeit vom 27. Februar bis 4. März d. J. unterbleiben mußte, sind die eingerichteten Jugendunterhaltungen wie folgt festgelegt worden: Märchenveranstaltungen: am 14. März 4 Uhr nachm. für Kinder von 6-9 Jahren, am 15. März 4 Uhr nachm. für Kinder von 9-12 Jahren, am 16. März 4 Uhr nachm. für alle. Künstlerische Puppenspiele: am 20. bis 26. März um 3 und 6 Uhr nachmittags. (Am 25. März nur für Oberflößen mit einleitendem Vortrage: „Der Urknall“.) Die Veranstaltungen finden in der Aula der V. Pflichtfortbildungsschule, Langestraße 31, statt. Eintrittspreis für Schüler 1 M., für Erwachsene 2 M.

Grüß. Einem jahrelangen Uebelstand, besonders für die arbeitende Bevölkerung, wird jetzt endlich abgeholfen. Die Konsumgenossenschaft hatte bisher nur eine Verkaufsstelle am Orte, die noch dazu ganz abgelegen, an der Grenze von Neukölln sich befand. Trotz beständiger Widerstände der Bürgerlichen ist es gelungen, einen Laden in der Chausseestraße, im Zentrum des Ortes, zu erhalten. Der Umbau ist ziemlich beendet, so daß mit der Eröffnung am 1. April zu rechnen ist. Es ist zu erwarten, daß die Genossenschaftsbewegung am Orte dadurch endlich einen raschen Aufschwung nehmen wird. Zur Besprechung über die nun zu ergreifenden Maßnahmen findet am Dienstag, den 14. März, in der Schulaula Bürgerstraße eine Mitgliederversammlung statt. Keiner darf fehlen. Gäste willkommen!

Bismarcken in Berlin? Gelegentlich des Rattentages vom 23. November v. J. sollen in Berlin mehrere Bismarcken gefangen worden sein. Sollte die bisher unverbürgte Nachricht ihre Bestätigung finden, so würden in Anbetracht der großen Schädlichkeit dieser ursprünglich in Nordamerika heimischen Nagetiere unverzüglich umfassende Bekämpfungsmassnahmen zu ergreifen sein. Bisher sind Bismarcken nur stellenweise in Bayern, Sachsen und Thüringen aufgetreten, wobei es sich um Tiere handelte, die von Böhmen her einwandert waren. Dort ist die Bismarcke seit ihrer 1905 erfolgten künstlichen Einbürgerung anfällig und überall verbreitet. Bei der vom Polizeipräsidenten für den 25. und 26. März erneut angeordneten allgemeinen Rattenverfolgung sollte in jedem Falle, in dem Ratten von ungewöhnlichem Aussehen gefunden oder beobachtet werden, der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem Mitteilung gemacht werden, möglichst unter gleichzeitiger Einlieferung der Tiere. Eine ausführliche Beschreibung der Bismarcke und ihrer Lebensweise enthält das von der B.M. herausgegebene Flugblatt Nr. 64.

Ein Mitglied einer fünfköpfigen Einbrecherbande festgenommen. In einem Haus in Klein-Ragnow, das von mehreren Jungesellen bewohnt wird, wurde heute nacht gegen drei Uhr ein Einbruch versucht. Einer der Bewohner des Hauses kam gerade von Wannee her nach Hause und hörte ein verdächtiges Geräusch. Als er der Sache auf den Grund ging, sah er, wie sich im Garten mehrere verdächtige Kerle zu schaffen machten. Da sie auf seinen Anruf nicht fanden, schloß er, worauf die Einbringer flüchteten. Einer von ihnen aber, ein junger Bursche, blieb im Stachelstrauch hängen und konnte festgenommen werden. Er gab zu, Mitglied einer fünfköpfigen Bande zu sein, die in der letzten Zeit dauernd Bismarcken verübte und auch Postanten

Aus den Bezirken

In der letzten Bezirksversammlung des 12. Verwaltungsbezirks (Steglitz) wurde die Befehung der Deputationen vorgenommen. Sodann kam folgender Antrag unserer Fraktion zur Beratung: Das Bezirksamt wird ersucht, die anlässlich des Strelchs Gemahregelten wieder einzustellen. Riese begründete eingehend unseren Antrag; er wies nach, daß über 40 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen wurden, die teilweise bis 16 Jahre bei der Gemeinde beschäftigt waren. Er verurteilte ganz entschieden die Verhandlungsmethoden des Bezirksamts; trotzdem der Deputierte die partielle Befehung der Schlichtungskommission zugestimmt hatte, lehnte das Bezirksamt dieselbe ab und sollten die Beauftragten des Verbandes nur mit beratender Stimme an dieser Sitzung teilnehmen, was dieselben selbstverständlich ablehnten. Bürgermeister Sembrecht vertrat in seiner bekannten Manier die Scharfmacherien des Bezirksamts, sekundiert von den Bürgerlichen, die vorher schon den Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung stellten, der dann auch mit Unterstützung des Zentrumsoberordneten Korthaus in Verbindung mit der ganzen Bürgerlichkeit bis zu den Demokraten angenommen wurde. Der Linken blieb nichts anderes übrig, als gemäß der Geschäftsordnung zu jedem weiteren Punkt namentliche Abstimmung zu beantragen, und wurde hiervon unter höchster Unruhe der Rechten ausgiebig Gebrauch gemacht, bis auf Anregung des Vorstehers Schwarz die Deutsche Volkspartei und dann die anderen bürgerlichen Parteien den Rückzug antraten und die Verlammlung beschlußunfähig gemacht wurde, auf der Straße anhält und austraut.

Riesige Vorräte

alte Abschlüsse

Das Geheimnis unserer Billigkeit!

<p>Kinder-Schnürstiefel schwarz, Chevreau, bequeme, praktische Form, Größe 18-21. 36⁰⁰</p> <p>Kinder-Turnschuhe in grau u. schwarz, bequeme, mit gelbem Chevreau, Größe 18-21. 36⁰⁰</p> <p>Kinder-Spangenschuhe prima Bindbox u. Chromleder, gute Ausführung, Extra preiswert. Größe 18-21. 72⁰⁰</p> <p>Kinder-Haibschuhe zum Schneiden, Chromleder und E-Chevreau, mit ohne Lackkappe, gute Ausführung, Extra billig. 88⁰⁰</p> <p>Kinder-Sandalen prima braun Bindleder, mit extra starker Korksohle und Absatzdeck, vorzüglichste Verarbeitung, Größe 17-30. 88⁰⁰</p> <p>Kinder-Schnürstiefel prima braun echt Chevreau, mit Derbysohle, eleganteste Form, sehr billig, Gr. 18-21. 92⁰⁰</p>	<p>Damen-Schnürstiefel prima Bindbox, Derbysohle oder Ringsohle, breite mod. Form, halbhohes Abz., Extra billig. 290⁰⁰</p> <p>Damen-Schnürstiefel prima Bindbox u. E-Chevreau, hoher Schaft, mit Lackkappe, kurze mod. Form, Aussergew. billig. 390⁰⁰</p> <p>Damen-Schnürstiefel prima Boxkat, Derbysohle, vorzügl. Qualität, Original-Goodyear-Wall, Besonders preiswert. 390⁰⁰</p>	<p>Knaben-Schnürstiefel in Bindbox mit Derbysohle, neue mod. Form, eleganter Ringsohle, Größe 18-21. 345⁰⁰</p> <p>Herrn-Schnürstiefel in Bindbox u. E-Chevreau, m. Lackkappe, weiches u. Derbysohle, eleg. mod. Form, Aussergew. billig. 390⁰⁰</p> <p>Herrn-Schnürstiefel in Bindbox, Derbysohle, eleg. bequeme Form, prima Fabrikat, noch aussergewöhnlich preiswert. 475⁰⁰</p>
---	---	---

Stiller

Gewerkschaftliches

Wirtschaftsverhältnisse in Rußland

Wir haben an dieser Stelle verschiedene interessante Wahrnehmungen über Rußland veröffentlicht, die Gen. Vollmer während seiner Reise ins russische Hungergebiet machte. Wertvolle Ergänzungen zu diesen Berichten finden wir in einem instruktiven Aufsatz in der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft“. In der Nr. 12 veröffentlicht Dr. V. Thal, Prof. an der Universität Moskau, eine Arbeit über „Recht und Wirtschaft in Sowjetrußland“, in der er sich der schwierigen Aufgabe unterzieht, die in Rußland herausgebildeten Rechtsformen zusammenzufassen. Der Beitrag selbst ist mehr sach- und rechtswissenschaftlicher Natur, der nur so nebenher sich auch mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigt und die uns wert genug erscheinen, sie hier referierend wiederzugeben. Dr. Thal führt u. a. an:

„Das wirtschaftliche Leben läßt sich nicht durch Gesetze und Verordnungen meistern und mechanisieren, es geht ihnen zum Trost, seine eigenen Wege oder beharrt beim gewohnten. Auch in Rußland hat sich die programmatische revolutionäre Entwicklung neuer Ideen teilweise am Beharrungsgefuge des gesellschaftlichen Zusammenlebens erschlagen.“

Ueber die Lehre der revolutionären Umwälzungen wird eine Stelle weiter folgendes gesagt:

„So fatalisierend solche Lehren auf revolutionär bestimmte Gemüter wirkten, ihre praktischen Folgen mußten doch auch ihre fanatischsten Anhänger ernütern.“

Welche Konsequenzen zieht nun die russische Regierung? „Sonnig, aber stetig kommt die Sowjetregierung zur Einsicht, daß Menschen — besonders auf wirtschaftlichem Gebiete — nicht wie Marionetten gelenkt werden können.“

Es wird weiter angeführt, wie die freie Wirtschaft im freien Handel, Landwirtschaft und Kleinindustrie wieder zugelassen wurde, und wir schließen diese Ausführungen mit folgendem beachtenswerten Passus:

„In einer Reihe von Dekreten wird das Wirtschaftsleben der Sowjetrepublik als „Uebergang zur kommunistischen Gemeinwirtschaft“ bezeichnet. Eine Zeitsung glaubte man, diesen Uebergang willkürlich herbeiführen zu können, indem man, neben den politischen, einen gewaltigen wirtschaftlichen Verwaltungsapparat schuf und ihm die Leitung und Organisation der Wirtschaft nach bestimmten Plänen und Programmen übertrug. Im praktischen Leben aber gestalteten sich die Dinge auch hier ganz anders. Die staatliche Verwaltung ist stets eine vornehmlich exekutive und keine schöpferische Tätigkeit. Sie arbeitet nach bestimmten traditionellen Methoden, welche in Rußland überwiegend bürokratische sind. Das bedeutet Uninteressiertheit des Arbeiters an den Resultaten seiner Tätigkeit, Lebensfremdheit und Mechanisierung. Für das wirtschaftliche Leben sind aber persönliche Interessiertheit, schöpferische Initiative und genaue Kenntnis der realen Lebensverhältnisse psychologische und vitale Voraussetzungen. Sind diese nicht vorhanden, so muß es bei jedem System — dem sozialistischen wie kapitalistischen — unproduktiv werden und in Verfall geraten. Die Sowjetregierung hat es sehr bald eingesehen und große Anstrengungen gemacht, um den Verwaltungsapparat entsprechend umzugestalten, die Produktivität der Arbeit zu heben, ideales Interesse des einzelnen am Gemeinwesen wachzurufen und durch weitgehende

Abweichungen von den sozialistischen Grundfäden der Arbeiter- und Agrargebung, den Arbeitnehmern und Beamten auch materiell am Erlolge seiner Tätigkeit zu interessieren. Aber alle Versuche schlugen fehl, und nach zweijährigem Experimentieren mußte der Gedanke, die Wirtschaft Rußlands in vollem Umfange kommunistisch aufzubauen, für absehbare Zeit aufgegeben werden.“

Betriebsräte!

Alle freigewerkschaftlich organisierten neu gewählten Betriebsräte haben ihrer Organisation von der Neuwahl Kenntnis zu geben und sich eine Betriebsratslegitimationskarte von der Organisation ausstellen zu lassen. Das gleiche gilt für Arbeiter- und Angestelltenmitglieder.

Für das Jahr 1922 gelten nur diejenigen Betriebsratsausweisarten, die einen von der Organisation betriebenen Ausdruck der Jahreszahl „1922“ tragen. Die Ausweisarten erhalten ihre Betriebsratsausweisarten nur beim Na-Bund — Ortsartikel Groß-Berlin, Berlin N 99, Reinickendorfer Str. 118. Die Meldungen sind unverzüglich den Organisationen zu übermitteln.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Generalversammlung der Buchbinder.

Die am Freitag, den 10. März im Gewerkschaftsbaus stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Buchbinder nahmen den Bericht der Anstellungsprüfungskommission entgegen. Genosse Otto bedauerte, daß sich zu wenig Kollegen für die Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung gestellt haben und gab die Namen der Bewerber bekannt. Hein, Hamburg, der sich um den Posten eines Bevollmächtigten beworben hat, las in einem kurzen Referat seine Ansicht über die Aufgaben eines Bevollmächtigten dar.

In einer längeren Diskussion, in der die Kommunisten Gabel und Speer besonders heftige Angriffe gegen Hein richteten und grundsätzliche Anklagedignitäten erhoben, beschäftigte man sich eingehend mit den vorgeschlagenen Kandidaten. Genosse Stephan wies darauf hin, daß nur eine sachliche Arbeit die Gewerkschaft zu einem Machtfaktor gestalten kann und die kommunistischen Methoden überall verfaßt haben. Es ist erforderlich, Kollegen zu wählen, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale stehen.

Unterstützung der Gemahregelten

Außerordentliche Generalversammlung der Gemeindearbeiter.

Bekanntlich hat die letzte Generalversammlung der Staats- und Gemeindearbeiter es abgelehnt, zur Unterstützung der Streikenden und Gemahregelten Extrabeiträge zu erheben. Nach Ansicht der Generalversammlung sollten die notwendigen Gelder durch Sammellisten aufgebracht werden. Eine neue außerordentliche Generalversammlung, die am Freitag stattfand, befaßte sich wiederum mit der Frage der Erhebung eines Extrabeitrages im Interesse der Gemahregelten. Der Kassierer Hoffmann begründete eingehend diese neueste Forderung der engeren und erweiterten Ortsverwaltung. Nach eingehender Aussprache machte die Versammlung mit erdrückender Mehrheit den unverständlichen Beschluß der letzten Generalversammlung rückgängig und beschloß die Erhebung eines Extrabeitrages ab April in Höhe von 5 M. für männliche und 3 bzw. 1 M. für weibliche Mitglieder per Woche.

Hierauf begründete Gärne folgenden Ergänzungsantrag zum § 8 des Ortsstatuts: „Als Mitglieder der Funktionärsversammlung des Lohnkartells gelten die Mitglieder der Erweiterten Verwaltung, die Delegierten der Generalversammlung, die Mitglieder der Tarifkommission, der Gesamtbetriebsrat, die Vorsitzenden der Betriebsräte und deren Stellvertreter und die auf Grund des WRG. gewählten Obleute der Betriebe, soweit sie Mitglieder unseres Verbandes sind.“ Gärne stellte mit, daß sich die Ortsverwaltung hinter diesen Antrag stelle, da sie in seiner Annahme die Gewähr der Schaffung eines arbeitsfähigen Funktionärkörpers sehe. Nach eingehender Aussprache stimmte die Versammlung auch diesem Antrage mit großer Mehrheit zu. — Damit ist die Frage des Rücktritts des Bevollmächtigten Polenske erledigt. Polenske gab dann den Bericht über die Lohnverhandlungen und die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Der Beschluß des Lohnkartells, dem von uns bereits veröffentlichten Schiedsspruch zuzustimmen, wurde gutgeheißen.

Forderungen der Kesselschmiede.

Eine Branchenversammlung der Kesselschmiede beschäftigte sich am 9. März mit der derzeitigen Lage der Kesselschmiede in der Berliner Metall-Industrie. Der Branchenleiter, Kollege Wahlgewitz, gab einen ausführlichen Bericht über die im Reichsarbeits-Ministerium stattgefundenen Verhandlungen, welche zu einem Schiedsspruch führten, der zu minimal befunden wurde. Während anderwärts bis zu 37.- Mk. Stundenakkordverdienst erzielt werden, sträuben sich die Berliner Unternehmer, auch nur bis 20.- Mk. zu gewähren. In der Kesselschmiede der A. C. G. Henningsdorf haben daher 25 Kesselschmiede ihre Entlohnung verlangt, da sie mit den jetzigen Verdiensten nicht auskommen und ein 20-Mk.-Stundenverdienst seitens der Firma verweigert wurde. In der Diskussion wurde die Forderung aufrechterhalten, die sich alle Henningsdorfer Kollegen zu eigen machen sollen. Die Organisation wurde beauftragt, in Nachverhandlungen mit dem V. B. M. S. einzutreten. In einer Resolution wird ausgesprochen, daß, sollten die Unternehmer die geforderten Forderungen ablehnen, die Kesselschmiede ohne Inanspruchnahme ihrer Organisation ihr Arbeitsverhältnis zu lösen bereit sind.

USPD-Buchbinder. Mittwoch, den 15. März, nachmittags 5 1/2 Uhr im „Alexandiner“, Alexandrinenstraße 37a Versammlung der Mitglieder des Buchbinderverbandes, die auf dem Boden der USPD. stehen. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Gewerkschaften und die USPD. Ref. Redakteur K. Krause. 2. Die bevorstehenden Anstelltenwahlen. 3. Stellungnahme zum Verbandstaa. Der wöchentlichen Tagesordnung wegen müssen sämtliche Genossen und Genossinnen anwesend sein. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Aktionsausschuß USPD.

Graphische Hilfsarbeiter. Alle im Verbands der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen organisierten U. S. V. Genossen werden zu einer Außerst wichtigen Besprechung am Dienstag, den 15. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula Kopenplatz nahe Heandstraße eingeladen. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht! Partei- und Mitgliedsbuch des Verbandes legitimiert.

U. S. V. Schilde des D. M. V. Montag, den 13. d. M. abends 7 Uhr in der Schulaula, Kopenplatz 12 wichtige Besprechung aller Metallarbeiter der Schmiedbranche aus den Großbetrieben, Karosserie, Fuhrwerke, Brauerei, Bau- und Innungsbetrieben. Partei- und Mitgliedsbuch und Mitgliedsbuch des deutschen Metallarbeiter-Verbandes legitimiert.

Der Fraktionsvorstand. Versammlung der Gewerkschafts-Kommission. Die Fortsetzung der Plenarversammlung findet Montag, den 14. d. Mts. abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Blaue Kostüme
675.- 950.- 1250.-

Fantasie-Kostüme
950.- 1150.- 1450.-

Stoff-Kleider
495.- 650.- 875.-

Covertcoat-Paletots
495.- 595.- 750.-

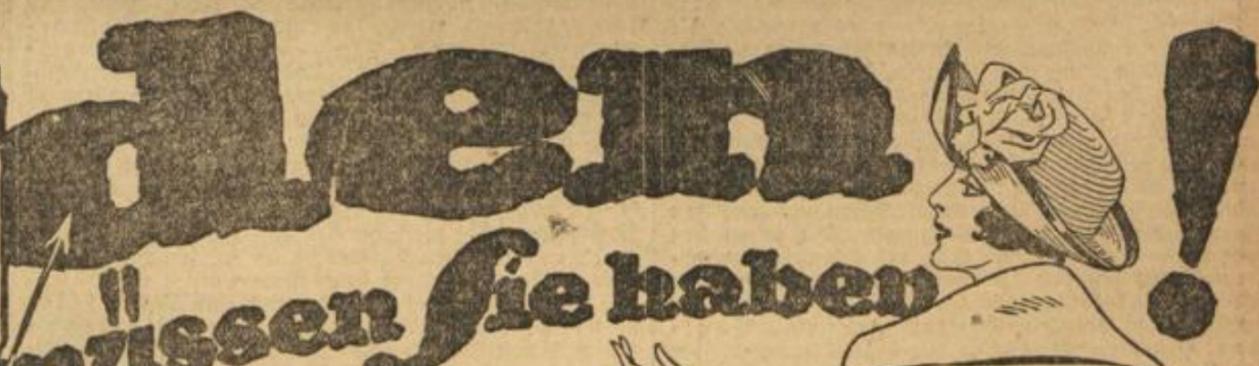
Fantasie-Paletots
375.- 495.- 650.-

Tuchmäntel
695.- 975.- 1150.-

Wollblusen
195.- 240.- 275.-

Waschblusen
98.- 130.- 149.-

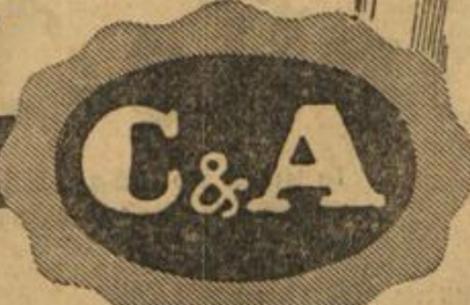
Blaue Faltenröcke
225.- 240.- 295.-



denn der Tuchmantel beherrscht nicht nur die Mode, sondern er ist auch in seiner neuen Aufmachung tatsächlich ganz außerordentlich kleidsam und fesch wirkend.

Der hier abgebildete ist ein besonders schönes Muster seiner Art. Er ist vorrätig in verschiedenen feingelönten Farben, besonders hellmode, und kostet — wie gesagt — nur

975.-



Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Die Konsumgenossenschaften in der Arbeiterbewegung

Der sehr beachtenswerten Halbmonatsschrift „Die Sozialistische Genossenschaft“, die in Sera im eigenen Verlag erscheint, entnehmen wir den folgenden Artikel:

B. 3. In Deutschland begann die Konsumvereinsbewegung in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts; damals und bis in die siebziger Jahre hinein getragen vom Kleinbürgertum, Handwerksmeistern und Beamten, den gesellschaftlich bedeutendsten Schichten in dieser Zeit. Der Zweck und auch der ganze Wesensinhalt dieser Bewegung war die Beseitigung des Händlergewinns aus der Preisbildung der notwendigen Bedarfsgüter, darauf war auch die ganze ideale und praktische Aufmachung des einzelnen Konsumvereins, wie der Gesamtbewegung eingestellt. Das entsprach auch der damals vorherrschenden manchesterlich-volkswirtschaftlichen Auffassung. Das Werden des modernen Industrie-Proletariats mit seiner in den 60er Jahren beginnenden und in den folgenden Jahrzehnten schnell vorwärts schreitenden organisatorischen und geistigen Vervollständigung, brachte der Konsumgenossenschaftsbewegung starken Zustrom aus Arbeiterkreisen; aber damit auch den Keim zur ideellen und praktischen Umstellung.

Die bisherige Zweckbegrenzung der Bewegung genügt den sozialistisch orientierten Arbeitern nicht, ihnen kam es nicht allein darauf an, den Händlergewinn zu beseitigen, die Waren nur zu verteilen, sondern ihr Streben ging dahin, mit den Konsumgenossenschaften die Bedarfsgüterversorgung überhaupt, und zwar genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Die Kleinhandwerker sahen sich dadurch in ihrer Existenz bedroht, und die Beamten wurden durch die rote Heße und den behördlichen Gewissenszwang kopfscheu gemacht. Diese Gegenstände wirkten sich auch organisatorisch aus. Die Arbeiter gingen vielfach zur Gründung von Arbeiterkonsumvereinen über. Diese geistige und organisatorische Scheidung blieb nicht örtlich beschränkt, sondern setzte sich geographisch und verwaltungstechnisch in ganzen Kreisen und auch in der damaligen Zentralorganisation der Bewegung durch.

Die genossenschaftlich-gemeinwirtschaftliche Orientierung der Arbeiterkonsumvereine, die aus agitatorischen Gründen von den Gegnern dieser Auffassung als sozialistische Parteiorientierung und auch als Parteibetätigung bezeichnet wurde, nahmen die Behörden zum Anlass des Mitgliedsverbotes bei solchen Vereinen für die Beamten. Die Handwerker fanden sich im Laufe der Zeit nun zusammen mit den Händlern und den Behörden bis zur Reichsregierung und hezten in der wüsten Weise nunmehr gegen die gesamte Konsumgenossenschaftsbewegung, weil die Arbeiter überall im Laufe der Zeit überwiegenden Einfluß in der Bewegung hatten. Nur nebenbei sei hier mit bemerkt, daß von den oben gekennzeichneten Gegnern der Bewegung ständig die Behauptung aufgestellt wurde, die Konsumvereine seien sozialistische Parteiunternehmungen, und die sozialistische Partei beziehe Unterstützung von den Konsumvereinen. Das Genossenschaftsgesetz stellt solche Betätigungen der Genossenschaften unter Strafe. In den nunmehr länger als einem halben Jahrhundert bestehenden Verhältnissen ist kein solcher Straffall vorgekommen. Das kennzeichnet den Charakter dieses Kampfes.

Die Fürsorge der Gegner war nicht vergeblich, die Konsumgenossenschaften entwickelten sich prächtig. Letzteres ging allerdings den Führern der Zentralorganisation, dem damaligen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wider den Strich. In diesem Verbandsverbande waren alle Genossenschaftsarten vertreten und die Handwerker-Genossenschaften waren bis dahin noch in der Mehrzahl. Aber auch hier drohte der Zeitpunkt des zahlenmäßigen und geistigen Übergewichts der „neuen Richtung“. Und so wurden kurzerhand alle dieser Richtung verdächtigen Konsumvereine 1909 auf dem Verbandstage in Kreuznach aus diesem Verbandsverbande herausgeworfen. Diese Vereine gründeten sofort den Zentralverband Deutscher Konsumvereine, der heute die anerkannte Zentralorganisation der Deutschen Konsumgenossen ist. Diese Darlegungen zeigen, daß die sozialistisch-orientierte Arbeiterschaft die Konsumgenossenschaftsbewegung ihrer wirklichen Zweck- und Zielbestrebung wieder zugeführt hat.

Die Gesellschaft ist vom Konsumentenstandpunkt aus in drei, die Klassenrenze — Besitzende und Besitzlose — übergreifende Schichten einzuteilen, und zwar:

1. Die rein proletarische Schicht. Das sind alle von den Produktionsmitteln beschreiblich losgelösten Konsumenten, bei denen die eigene Arbeitskraft die einzige Existenzbasis ist. Diese Schicht ist nur am Ertrage ihrer Arbeit und an der Beseitigung der Profitrente interessiert. Als die vorherrschende Ideologie dieser Schicht kann die sozialistisch-wirtschaftsdemokratische bezeichnet werden.

2. Die halbproletarische Schicht. Diese Schicht ist im Besitz von Produktionsmitteln (Handwerker, Händler, Kleinbauern), der aber nicht so groß ist, um ohne

persönliche Mitarbeit des Besitzers eine genügende Existenzrente abzurufen. Das Denken dieser Schicht steht unter dem Drucke des Widerstreites vom Konsumenten- und Produzenteninteresse. Je nach dem Verhältnis von Warenproduktion und Warenkonsumtion in der Gesamtwirtschaft eines solchen Halbproletariats, wird das Interesse zwischen Produzenten- und Konsumentenstandpunkt schwanken. Die ideologische Grundeinstellung ist aber überwiegend individuell-profitkapitalistisch-autokratisch. Die Existenzbasis ist persönlicher Arbeitsvertrag plus Besitzrente.

3. Die Rentner(Besitzer-)Schicht. Diese Schicht hat nur ein Interesse an hohen Preisen, hohem Profit, hohen Renten, der Rentenertrag ist Existenzbasis. Die Ideologie ist eindeutig individuell-profitkapitalistisch-autokratisch.

Die Konsumgenossenschaften sind der bedeutendste Teil der Genossenschaftsbewegung, sie müssen alle Konsumenten organisieren, sie müssen den Beweis für die Möglichkeit und die Richtigkeit der genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Bedarfsvorsorgung erbringen; sie müssen die dazu nötigen Wirtschaftsformen und Wirtschaftsmenschen heranbilden; sie müssen die Gemeinschaftsidee pflegen und fördern.

Was soll die Konsumgenossenschaftsorganisation weiter sein? Eine Zusammenschau aller Konsumenten zur tatsächlichen Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Bedarfsvorsorgung. Die ökonomisch erweiterte Familie. Haben daran alle Konsumenten ein Sympathieinteresse? Nein! Alle jene Konsumenten, die zugleich auch Produzenten oder Holländer sind, und demnach großes Interesse haben an einem hohen Warenpreis und dem damit verbundenen höheren Profit, haben an der Förderung einer Konsumentenorganisation nur ganz bedingtes Interesse, stehen dieser meist direkt feindlich gegenüber.

Es können sonach als Träger und Idealführer nur die Konsumenten in Frage kommen, die vom Privatbesitz an den Produktionsmitteln losgelöst sind — also nur Proletarier! — aber im weitesten Sinne des Wortes, ganz gleich, ob Kopf- oder Handarbeiter, ob Leitender oder Ausführender, ob Beamter oder Industriearbeiter. Alle diese Schichten — Arbeiter — sind eine Klasse, sie haben alle das gleiche Interesse bei der Befriedigung ihres Bedarfs. Und deshalb ist die Konsumgenossenschaftsbewegung in diesem Sinne eine Klassenbewegung, ohne Unterschied des Standes, der Partei und der Religion.

Damit ist nicht gesagt, daß die Konsumgenossenschaften sich gegen die andern Schichten der Bevölkerung abschließen sollen. Im Gegenteil: die Konsumgenossenschaft steht allen Konsumenten offen, jedes Mitglied — auch das von morgen und übermorgen — hat gleiche Rechte und gleiche Pflichten.

Das ist die große historische Aufgabe der Konsumgenossenschaften, alle Konsumenten, unter Führung der Konsumgenossen, als solche zu organisieren und diese Macht anzuwenden zur Durchsetzung ihrer gemeinwirtschaftlichen Ziele und gegen konsumenten-feindliche Bestrebungen, ganz gleich welcher Art und von welcher Seite.

Durch ein solches Wirken, das selbstverständlich auch in das öffentliche Leben und in die Politik eingreifen muß und von diesen Faktoren zu einem erheblichen Teil auch bestimmend beeinflusst wird, kommen die Konsumgenossenschaften notwendigerweise zu den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen in ein Zusammen-Arbeitsverhältnis. Und nicht nur informativ, sondern auch in der Weise, daß wird gemeinschaftliches Handeln in Einzel- und Dauerfällen daraus entstehen.

Die Konsumgenossenschaften sind Einzelorganisationen und die Bewegung im ganzen geben dadurch und damit nichts von ihrer materiellen oder ideellen Selbstständigkeit auf. Von einer organisatorischen Bindung oder Verbindung oder vielleicht gar von materiellen Leistungen der Konsumgenossenschaften an die andern Organisationen kann dabei gar keine Rede sein.

Die Konsumgenossenschaften sind und bleiben selbständige wirtschaftliche Organisationen mit wirtschaftlichen Zwecken und Zielen. Die Angelegenheiten der Konsumgenossenschaften werden nur nach ihren eigenen Zweck- und Zielbedürfnissen und nur von den Konsumgenossenschaften selbst geordnet und geregelt.

Das ist zugleich auch die Neutralitätsformel der Konsumgenossenschaften.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung steht mit der Arbeiterbewegung nicht allein in Personalunion, sie ist mit der sozialistischen Arbeiterbewegung verwandt, und zielverwandt, und je voraussetzungsloser daran gearbeitet wird, die noch bestehenden Differenzierungen zwischen der Konsumgenossenschaftsbewegung und den andern Teilen der Arbeiterbewegung zu mildern und auszugleichen, desto mehr wird die Konsumgenossenschaftsbewegung an Anziehungskraft für die Proletarier gewinnen.

Und nur die Proletarier können die Konsumgenossenschaftsbewegung zum Ziele führen; aber die Proletarier müssen auch um ihrer selbst willen die Konsumgenossenschaftsbewegung durch die Tat fördern.

Die wirklichen Verräter

Die französischen Nationalisten toben in ihren Organen gegen die Abmachungen der Frankfurter Internationalen Sozialistischen Konferenz und bezeichnen unsere französischen Genossen, die an dieser Konferenz teilgenommen haben, als Verräter an der Sache Frankreichs. Vor allem die Herren André Tardieu, Bailly und der „Temps“ können sich nicht genug tun in heillosen Entrüstung über die Preisgabe der französischen Rechte auf dieser Konferenz. In mehreren Artikeln des „Populaire“ unterzieht nun Genosse Leon Blum, einer der Teilnehmer der Frankfurter Konferenz, das Geschrei der Nationalisten einer kritischen Untersuchung, wobei er ihnen vorhält, daß sie die entscheidenden Stellen der betreffenden Resolutionen ihren Lesern vorenthalten oder falsch kommentiert haben. Es sind besonders die Fragen der Pensionen, der Rheinbefehung und der Reparationen, mit deren Lösung sich die Frankfurter Konferenz beschäftigt hat und um derenwillen unsere französischen Genossen des Verrats bezichtigt werden. Wir geben nachstehend einen Auszug aus einem der Artikel unseres Genossen Blum, in dem er sich besonders über die Frage der Reparationen mit den nationalistischen Schreibern auseinandersetzt. Genosse Blum schreibt unter dem Titel „Unsere Verräterei“:

„Nach der Frage der Pensionen und der Frage der Okkupation komme ich zu unserem dritten Verrat, der wahrscheinlich nicht der letzte sein wird. Wir haben in Frankfurt die Auffassung unterstellt, daß das Reparationsproblem notwendig auf der Konferenz von Genua erörtert werden müsse. Und dieses, wie es unsere Resolution sagt, weil die Reparationen untrennbar mit dem Werk der Wiederaufbau Europas verbunden sind. Seit zwei Monaten stützt die französische Regierung eine völlig entgegengesetzte These. Sie behauptet, daß das Problem der Reparationen, zwischen Deutschland und den Alliierten durch eine Reihe definitiver Akte geregelt, nicht Sache der Konferenz ist. Und diese Ansicht, die zum großen Teil von den Radikalen unterstützt wird, ist es, die Herrn Poincaré bei der erneuten Zusammenkunft von Boulogne bekräftigt zu haben scheint.“

Schlusfolgerung: Wir haben in Frankfurt gegen die französische Politik gehandelt, wir haben Frankreichs Gegnern Waffen geliefert, wir haben Frankreich verraten.

Aber werden wir das Recht haben, vor unserer Hinrichtung von den Herren Poincaré, Tardieu und dem „Temps“ einige Aufhellungen über unser Verbrechen zu verlangen? Wenn sie befehlen, daß das Problem der Reparationen „tabu“ ist, daß die Konferenz von Genua nicht das Recht hat, es zu behandeln, was verstehen sie darunter und was bedeuten diese Formeln?

Wenn sie einfach sagen wollen, daß der Betrag der deutschen Verpflichtungen unwandelbar bestimmt bleibt durch den Zahlungssplan von London, daß die Konferenz von Genua inkompetent ist, die Zahl der Milliarden, die diese Schuld ausdrückt, abzuändern. . . . Wenn es das ist, worauf sie ihr System zurückführen, dann bedeutet das für uns wenig. Seit einem Jahre hat uns die Erfahrung genügend gelehrt, was diese Ziffern tatsächlich wert waren. Ob man sie schlecht oder gut auf die Schiefertafel schreibt, ob die Konferenz von Genua oder die Reparationskommission sich damit beschränkt, die Herabminderung oder den Zahlungsausschub festzusetzen, das interessiert uns kaum. Aber wenn es sich um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands handelt, um seine tatsächliche Fähigkeit — nicht um den Nominalbetrag seiner Schuld — und wenn Herr Poincaré sagen will, daß das Studium dieser Fähigkeit vielleicht die Gesamtheit der Probleme lösen würde, die der Konferenz von Genua gestellt sind, dann ist seine These im Widerspruch zu dem gesunden Menschenverstand, zur Augencheinlichkeit der Tatsachen.

Von was hängt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab? Einestells von der Stabilisierung der Mark, andererseits von der Entwicklung seines Exports, das heißt, von der Wiederherstellung des ökonomischen Lebens der Nationen, die gegenwärtig unfähig sind zu kaufen. Deshalb, die eine wie die andere Operation kann nur auf einer breiten internationalen Organisation des Kredites und des Austausches beruhen.

Wenn man eins nach dem anderen der für Deutschland möglichen Zahlungsmittel nimmt: Zahlungen in Natur, Ankauf von auswärtigen Devisen zu innerem oder äußerem Goldwert, neue Steuern, und wenn man sie alle überwinden würde durch ihre Bedingungen oder durch ihre Rückwirkungen, sie hängen ab von einer internationalen Organisation und Kontrolle. Um z. B. die deutschen Werte im Ausland zu erfassen, ist eine internationale Kontrolle nötig. Um ein neues Steuerprogramm aufzustellen, ist ein stabiler Zustand nötig, d. h. eine internationale Kreditorganisation usw.

Man wird Europa nicht wiederhergestellt haben, wenn man Frankreich nicht wieder herstellt. Einverstanden. Aber man wird Deutschland nicht instandsetzen, Frankreich wiederherzustellen, wenn man nicht Europa durch eine gemeinsame Anstrengung wieder aufbaut. Wenn man versucht, die Mittel zu bestimmen für Deutschlands Zahlungsfähigkeit, so heißt das in Wahrheit die Mittel suchen, um den gesamten Handel in Ordnung zu bringen, allen Organen des ökonomischen Lebens ein intensiveres und gesundes Leben einzuflößen, heißt, das Problem des Wiederaufbaus Europas stellen.

Wenn man es stellt, wird es die Frage der Reparationen fatal beeinflussen. Aber wenn man sich weigert, es zu stellen, dann werden die Reparationen selbst unmöglich sein. Von diesem Gesichtspunkt gesehen, sind wir diejenigen, die der Sache der Reparationen tatsächlich und wirksam dienen.

Und wer weiß? Derjenige, der nur von Waffen, neuen Befehlen, gewalttätiger Beschlagnahme von Pfländern usw. träumt. . . . das ist dann vielleicht unser größter Verbrecher.“

Äußerlich empfohlen bei:



Gicht, Grippe, Rheuma, Gelenkschmerz, Ischias, Nervenschmerzen.

Togal ist die Schmerzmittel und löst die Heruleure aus. In all. Apoth. erh. Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0,00% China, 12,5% Lithium, Rest Stärke u. Asche.

Die sparsame Hausfrau

verwendet im Haushalt nur die täglich frisch hergestellte und gelieferte erstklassige

Bolle-Margarine

da dieselbe vorzüglich im Geschmack und sehr ergiebig ist. Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften und in unseren Verkaufsstellen.